Nr. 15 DM 1,-

FACIT

Bücherei

Inhalt

Dr. J. H. v. Heiseler	Antiautoritäre Fraktionen und Positionen im SDS	Seite 5
Juan Diz (KP Spaniens)	Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf	Seite 11
René Hermann	Strategie und Rüstung in der Bundeswehr	Seite 21
H. Heinemann	Bericht zur Entwicklung der Westberliner Basisgruppen	Seite 24
Peter Strutynski	Der Antinotstandskampf in München	Seite 26
Fred Schmid / - an -	Über das Verhältnis der DKP-Uni-Ausschüsse zum SDS	Seite 29
Michael Maercks	DKP-Student zur Hochschulpolitik	Seite 31
Elmar Bernard und Reinhard Schweicher	Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik	Seite 34
	Rezensionen	Seite 42

15906

Neue Anschrift: Werner Loch, 5 Köln, Breite Straße 141–143
Neues Konto: Werner Loch (Sonderkonto F), Postscheck Köln 1420 25

DIETZ
EXPORT

Karl Marx / Friedrich Engels

Ausgewählte Schriften in zwei Bänden

Band I · *761 Seiten · Mit 2 Porträts · Kunstleder 7,50 DM*
Band II · *615 Seiten · Kunstleder 6,50 DM*

Karl Marx / Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei

112 Seiten · Mit 6 Illustrationen · Broschur 0,80 DM

Karl Marx

Zur Kritik der politischen Ökonomie

300 Seiten · Kunstleder 5,20 DM

Karl Marx - eine Biographie

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
446 Seiten · Mit 74 Abbildungen und 2 Karten · Ganzleinen 6,80 DM

W. I. Lenin

Ausgewählte Werke in drei Bänden

Band I · *982 Seiten · Mit 1 Bild und 2 Faksimiles*
Band II · *904 Seiten · Mit 1 Bild und 6 Faksimiles*
Band III · *956 Seiten · Mit 1 Bild und 4 Faksimiles · Kunstleder · Je Band 7,50 DM*

Marxistische Philosophie

Lehrbuch
728 Seiten · Kunstleder 9,60 DM

Imperialismus heute

Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland
Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
824 Seiten · Mit Tabellen und graphischen Darstellungen · Ganzleinen 10,80 DM

Bitte verlangen Sie unsere ausführlichen Angebote sowie Bezugsquellennachweis.

DIETZ VERLAG BERLIN

DDR · 1025 BERLIN · WALLSTRASSE 76-79
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

DIETZ
EXPORT

Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
392 Seiten · 600 Illustrationen im Kunstdruck · Ganzleinen 26,50 DM

Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Originalgetreue Reproduktion
Etwa 80 Seiten · Halbleinen im Schuber 17,80 DM

Heinz Wohlgemuth

Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

(1914 bis 1918) · Überblick
Etwa 600 Seiten · Ganzleinen etwa 8,50 DM

Stefan Doernberg

Kurze Geschichte der DDR

Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin
3., überarbeitete und erweiterte Auflage · 738 Seiten · Mit 48 Bildseiten und Karten · Ganzleinen 13,50 DM

Walter Ulbricht

Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik

Band 1 und 2 · *Insgesamt 1488 Seiten · Ganzleinen je 7,50 DM*

Wörterbuch der Kybernetik

Herausgegeben von Prof. Dr. Georg Klaus
898 Seiten · Mit Abbildungen und Bildtafeln · Kunstleder 35,— DM

Kleines Politisches Wörterbuch

Redaktion: G. König, G. Schütz, Dr. K. Zeisler (Leitung)
768 Seiten · Ganzleinen 10,80 DM

Politische Ökonomie

Geschichte und Kritik

Kritik der politischen Ökonomie heute
100 Jahre „Kapital"

Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967
358 Seiten · Snolin-Broschur · 22,– DM
Leinen 32,– DM

Ernest Mandel
Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx (1843-1863)

Aus dem Französischen von Gisela Mandel
224 Seiten · Snolin-Broschur
12,– DM · Leinen 18,– DM

Joseph M. Gillmann
Prosperität in der Krise

Aus dem Amerikanischen von Horst Stenzel
308 Seiten · Snolin-Broschur
20,– DM · Leinen 28,– DM

Rudolf Hilferding
Das Finanzkapital

Eingeleitet von Eduard März
516 Seiten · Snolin-Broschur
29,– DM · Leinen 38,– DM

Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital"

Kartonierte Ausgabe in zwei Bänden
Band I 366 Seiten, Band II 320 Seiten, zusammen 29,– DM
Leinen 686 Seiten 38,– DM

Maurice Dobb
Ökonomisches Wachstum und Planung

Aus dem Englischen von Erwin Weissel
134 Seiten · Snolin-Broschur
9,– DM · Leinen 14,– DM

Bruno Fritsch
Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx

183 Seiten · Snolin-Broschur
12,– DM · Leinen 18,– DM

Adolph Lowe
Politische Ökonomik

Aus dem Amerikanischen von Herbert Wilhelm
362 Seiten · Snolin-Broschur
18,– DM · Leinen 25,– DM

Joan Robinson
Die fatale politische Ökonomie

Aus dem Englischen von Erwin Weissel
87 Seiten · Snolin-Broschur · 9,– DM
Leinen 14,– DM

Europäische Verlagsanstalt

Antiautoritäre Fraktionen und Positionen im SDS

Im SDS spiegeln sich die fortgeschrittensten Strömungen eines Teils der westdeutschen Studentenschaft. Je weniger der SDS (infolge seiner Entwicklung der letzten Zeit) die bewußte politische Führungsrolle innerhalb der demokratischen Studentenbewegung ausfüllen kann, desto unbestrittener bleibt ihm diese Spiegel-Eigenschaft – er bleibt (nur teilweise bewußter) Ausdruck der fortgeschrittensten Stimmungen und Haltungen der Bewegung der demokratischen und antiimperialistischen Studenten. Eine Darstellung der Strömungen im SDS muß daher ausgehen von einer Darstellung der Situation der Studentenschaft in der BRD.

Das Studium ist ein 3–8 und mehr Jahre währender Abschnitt in der Ausbildung der Intelligenz. Im Unterschied zu der Ausbildung in der Schule hat der Student (immer noch) eine weit größere Möglichkeit, Inhalt und Verlauf seines Studiums selbst zu bestimmen. Erst mit der in den letzten Jahren beginnenden Umstrukturierung, die auf die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution gemäß den Interessen des staatsmonopolistischen Kapitalismus antwortet, wird dieser Ausbildungsabschnitt einerseits (durch klare Lernvorgaben, Prüfungsabschnitte, Wissensgliederungen etc.) dem Ausbildungsabschnitt Schule, andererseits (durch die unmittelbare Bezogenheit auf die technisch-industrielle Verwertung, – das läßt sich auch für Lehrer und ähnliche Berufe sagen) dem Ausbildungsabschnitt in den ersten Etappen des eigentlichen Berufswegs angeglichen. (Etwas anders stellt sich das bei den Technischen Hochschulen und bei den Pädagogischen Hochschulen, – dort bestand niemals jene relative Autonomie.) Die mit einem spezifischen Konkurrenzdruck verbundene Chance der Mitarbeit im echten Forschungsprozeß verschwindet erst mit der einseitigen Zunahme der Studentenzahlen (1928: 11 600 Studenten – 3050 Lehrstühle in Deutschland; 1960: 200 000 Studenten – 3160 Lehrstühle in der BRD); die geringe Strukturiertheit der Situation des Studenten und der starke Leistungsdruck wird damit zunehmend inhuman, in dem Maße, in dem dies Moment einer realen Kompensation fehlt. Frustration ist nicht zufällig zu einer Lieblingsvokabel auch der Studenten geworden, die nicht Psychologie studieren; die Selbstmordrate ist unter keiner Bevölkerungsgruppe so hoch, wie unter Studierenden. Die Wirkung der Studiensituation auf das Bewußtsein und den Erlebnishaushalt der Studenten entfaltet sich erst voll, wenn man die soziale Herkunft des größten Teils der Studierenden in Rechnung stellt: Ein kleiner Teil (ca. 6 Prozent) sind Kinder von Arbeitern, ein ebenfalls relativ kleiner Teil (allerdings in bestimmten Studienfächern stärker vertreten, z. B. in den ökonomischen Fächern und im Jurastudium) sind Kinder der Bourgeoisie und der mit dem Monopolkapital verschmolzenen Schichten (Ministerialbürokratie, hohes Offizierskorps, Top-Management). Der größte Teil der Studierenden kommt der sozialen Herkunft nach entweder aus der „Kleinbürgerlichen Intelligenz" (die zunehmend verschwindet) oder der „angestellten Intelligenz" (die rapide zunimmt). Wie vielfach gezeigt worden ist, werden von der angestellten Intelligenz Haltungen und Bewußtseinsinhalte des Kleinbürgertums noch lange bewahrt, – eine Erscheinung, die mit der besonderen Stellung der angestellten Intelligenz im Gesamtprozeß der Reproduktion der Gesellschaft zusammenhängt. Was also Ideologien und typische Haltungen der Elterngeneration angeht, kann der sozial-ökonomische Unterschied zwischen kleinbürgerlicher und angestellter Intelligenz weitgehend vernachlässigt werden.

Auch die Rolle, auf die die Studenten in ihrem Studium vorbereitet werden, ist

nicht einheitlich. Ein kleiner Teil wird vorbereitet auf die Übernahme von Funktionen im Herrschaftsapparat des Monopolkapitals (spätere hohe Richter, hohe Ministerialbeamte, Diplomaten, hohe Offiziere, Top-Manager). Ein ebenfalls kleiner Teil wird später selbst Kapitalist. Ein (abnehmender) Teil zählt nach seinem Studium zur kleinbürgerlichen Intelligenz (selbständiger Rechtsanwalt, selbständiger Arzt usw.), ein zunehmender Teil wird später sozialökonomisch zur Arbeiterklasse im weiteren Sinne gehören, wird seine spezialisierte und wissenschaftlich qualifizierte Arbeitskraft verkaufen müssen. Innerhalb dieser Gruppe können wir unterscheiden: Wir finden hier einmal die Gruppe, die im „Dienstleistungssektor" tätig wird (Angestellte, Ärzte, Wissenschaftler in der Forschung etc.). Weiter finden wir hier die Gruppe, die später selbst Ausbildungsfunktionen übernimmt (Lehrer aller Art). Schließlich gehört hierhin die Gruppe, die später als wissenschaftlicher qualifizierter Lohnarbeiter unmittelbar im Produktionsprozeß arbeiten wird (Ingenieure, Chemiker in der Industrie).

Die Situation der Studenten wird also vornehmlich durch die drei Faktoren bestimmt:

- Struktur und Funktion der Hochschulen in der Gesellschaft
- soziale Herkunft
- künftige soziale Rolle und soziale Lage der jetzt Studierenden.

Die Faktoren Struktur der Hochschulen und soziale Herkunft bestimmen dabei wesentlich die Sozialpsychologie der studentischen Situation (typische Neurosen, Wertskalen usw.), die Faktoren Funktion der Hochschulen und künftige soziale Rolle bestimmen wesentlich die Soziologie der studentischen Situation.

Die Klassenspaltung läuft dabei quer durch die Hochschule, quer durch die Studentenschaft. (Insofern ist der Vorwurf an die demokratische Studentenbewegung, sie hätten „die" Studentenschaft gespalten – z. B. in Streikende und Streikbrecher bei den Universitätsstreiks gegen die NS-Gesetze – kein treffender Vorwurf; es geht allein darum, ob die Aktionsformen und Kampfformen so gewählt waren, daß die Spaltung der Studentenschaft entlang der richtigen Scheidelinie lief, was für viele dieser Kämpfe gesagt werden kann.) Selbstverständlich reguliert sich die Frontlinie nicht direkt sozialökonomisch, sondern politisch (d. h. selbstverständlich kann der eine und andere Student e n t - g e g e n seinen eigenen sozialökonomischen Interessen zum Antiimperialisten, zum Sozialisten oder auch umgekehrt zum Faschisten werden).

Der Hauptansatzpunkt für die demokratische Studentenbewegung ist der Prozeß der Proletarisierung der kleinbürgerlichen Intelligenz, die in angestellte Intelligenz verwandelt wird, und der monopolkapitalistischen Strukturreform der Hochschulen. Dies ist den meisten Studenten selbst nicht bewußt. Ihrem Bewußtsein nach ist die Studentenbewegung eine Umwälzung im Bewußtsein, die wenig mit ihrer konkreten Lage zu tun hat. Das liegt wesentlich an der Sozialpsychologie der Studentenschaft. Vertretung konkreter Interessen erscheint den meisten immer noch verdächtig und wird verdrängt. Es wird eine Aufgabe für die Marxisten, den in der demokratischen Studentenbewegung Engagierten die objektiven Ursachen ihres Kampfes klarzumachen, so wie es die Aufgabe der Marxisten ist, den in den Gewerkschaften kämpfenden Arbeitern und Angestellten die objektive Ursache ihres Kampfes zu erklären.

Die Studenten, die nicht mit der herrschenden Klasse verbunden sind, entwickeln heute relativ spontan das, was sie selbst als antiautoritäres Bewußtsein zeichnen. Es ist kein Zufall, wenn sie mit diesem Wort an eine Strömung des Anarchismus anknüpfen. Dennoch reicht der Hinweis auf die ideologische Verwandtschaft mit dem klassischen Anarchismus nicht aus. Erst wenn man zeigt, worin der klassische Anarchismus sich von der antiautoritären Bewegung – sowohl was die soziale Basis angeht, wie was das Verhältnis zum Kampf von Kapital und Arbeiterklasse angeht – unterscheidet, wird dieser Vergleich fruchtbar. (Vgl. „Ursachen der theoretischen Schwankungen", in: facit 13/14).

Kennzeichnend für das antiautoritäre Bewußtsein ist der bürgerlich-revolutionäre Ansatz: Die revolutionären Elemente des Denkens der bürgerlichen Revolution werden konsequent festgehalten gegenüber einer bürgerlichen Klasse, die seit dem Übergang zum Imperialismus historisch (in Deutschland politisch schon im wesentlichen 1849) ihre revolutionäre Tradition aufgegeben hat.

Für diese These sprechen die Hauptthemen antiautoritären Denkens: Da ist z. B. der emphatische Aufklärungsbegriff, der ebenso klassenneutral wie der des Ideologen der bürgerlichen Revolution vorgestellt wird und allerdings als Kampfbegriff gegenüber der Meinungsindustrie Axel Springers und anderer eine ähnliche Brisanz entwickelt wie der klassische Aufklärungsbegriff gegenüber der feudal-klerikalen Verdummung. Da ist der Rationalitäts- und Humanitätsbegriff, der in der Theorie nicht mit konkreten Interessenlagen verbunden wird, aber ebenso wie der klassisch bürgerlich-revolutionäre zur Waffe gegen die greifbare Irrationalität und Inhumanität der vorgefundenen Ordnung wird. Da ist die einseitige Betonung des aktiven, subjektiven Moments in der geschichtlichen Bewegung, die bei der Intelligenz immer nahe liegt. Da ist das von den konkreten Bedingungen des Weges zur Abschaffung von Herrschaft abstrahierte, unvermittelte Konzept der ‚herrschaftsfreien Diskussion'. Da ist der dem liberal-frühbürgerlichen Freiheitsbegriff verwandte Begriff der Selbstbestimmung und der Selbstbezeichnung als ‚antiautoritär'. Von diesem Selbstbestimmungskonzept her läßt sich erklären, warum die antiautoritäre Bewegung es so viel leichter hat, sich mit den nationalen Befreiungsbewegungen zu identifizieren, aber eine Schwelle überwinden muß, bis sie den Klassenkampf im Betrieb in der BRD als einen Kampf begreift, der sie betrifft. Die Bezeichnungen ‚antiautoritäre' und ‚antiinstitutionelle' Bewegung zeigen die gleiche ideell von konkreten Interessen abstrahierte Struktur wie die Formulierungen aus der Erklärung der Bürger- und Menschenrechte der Französischen Revolution. Sie sind gegen konkrete Autoritäten und Institutionen gerichtet, werden aber formalisiert und gegen ‚alle' Autoritäten und Institutionen gerichtet formuliert. Die mangelnde Analyse konkreter Interessen- und Machtverhältnisse kommt in vielem zum Ausdruck: In der häufig isoliert betriebenen Gegenüberstellung von Sein und Sollen, Anspruch und Wirklichkeit, einem klassisch idealistischen Denkmodell, das in einer Periode, in der bürgerliche Ideologie und Wirklichkeit des Kapitalismus so fühlbar auseinanderklaffen, einen wichtigen Zugang zu einer antiimperialistischen, antikapitalistischen Position eröffnet; in der Verachtung für Kompromisse, gleich welcher Art und in welcher Situation; in der Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit der CDU/

KLEINE
BIBLIOTHEK
POLITIK
WISSENSCHAFT
ZUKUNFT

Band 1

Hans Heinz Holz
Utopie und Anarchismus
Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses

130 Seiten – engl. broschiert
Einfachband DM 7,50

Band 2

Sozialdemokratie und Sozialismus heute
Beiträge zur Analyse und Veränderung sozialdemokratischer Politik

mit Beiträgen von: Solweig, C. Ehler Hartmut Häußermann – Jörg Huffschmid/Margaret Wirth – Niels Kadritzke – Rolf Kreibich – Ekkehart Krippendorff – Anke Nevermann Knut Nevermann – Lothar Pinkall Wolfgang Schluchter – Jürgen Zerche Bodo Zeuner

230 Seiten – engl. broschiert
Doppelband DM 9,75

Band 3

Wilhelm Raimund Beyer
Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung

Ca. 200 Seiten – engl. broschiert
Einfachband DM 7,50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG
KÖLN – BARBAROSSAPLATZ 2

CSU und der isolierten Stoßrichtung gegen die SPD, bei der in der Tat die Gegenüberstellung von Anspruch und Wirklichkeit mehr hergibt, als bei den zynisch offenen Sachwaltern der Herrschenden Klasse; in der häufigen Ersetzung des Begriffs des Kapitals durch den Begriff der Industrie. Die Einordnung der Hochschulen in ein System der Herrschaft einer Ausbeuterklasse, ihre Umstrukturierung entsprechend den Interessen des staatsmonopolistischen Kapitals wird dargestellt als eine (sozusagen an sich schmutzige) Verbindung der dem Anspruch nach abstrakt rationalen, herrschraftsfreien Wissenschaft mit den Erfordernissen der „Großindustrie".

Diesen Denkmustern entspricht auch das merkwürdig gebrochene Verhältnis zur Gewalt: Hinter der stark gefühlsbetonten Identifikation mit der reinen revolutionären Gewalt steckt oft genug eine noch nicht überwundene pazifistische Haltung – deutlich besonders bei dem Verweigerungskonzept. Gebrochen ist auch – bei allem Reden von den ‚Massen' – das wirkliche Verhältnis zu den wirklichen Massen. Die für ‚Eingeweihte' produzierte Sprache, die zum Kennzeichen derer wird, die ‚dazugehören', spiegelt die – trotz Abbau des Antikommunismus immer noch verhältnismäßig starke und auf Grund der besonderen sozialen Basis der antiautoritären Bewegung nur mit einer Veränderung der Bewegung selbst überwindbare – Isolation.

Wenn die dargestellten Thesen über den Charakter der antiautoritären Bewegung richtig sind, dann wird diese Bewegung in der Zukunft nicht auf Studenten beschränkt bleiben. Wir werden dann in einiger Zeit ähnliche Bewegungen unter Lehrern, Ärzten, vielleicht Ingenieuren, unter einem Teil der Angestellten sich entwickeln sehen. Dafür sprechen Erscheinungen wie der Sozialistische Lehrerbund in Frankfurt, der Sozialistische Berufsschülerbund in Essen und die Organisation gleichen Namens in Frankfurt, die Anfänge einer Ärzte-Organisation dieses Typs in Westberlin usw. Das bedeutet aber, daß die Erfahrungen in der Bündnispolitik mit der antiautoritären Strömung in der Studentenbewegung verallgemeinert werden müssen und zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auf Grund der Tatsache, daß es sich bei der antiautoritären Strömung um eine Zwischenposition, um eine Übergangsposition handelt, ergibt sich, daß sie als solche als ‚reine' antiautoritäre Bewegung zerfällt, hin- und herschwankt und nicht einen kontinuierlichen politischen Kampf organisieren kann. Für die Marxisten-Leninisten ist es daher notwendig, die Inhalte und Formen der antiautoritären Bewegung zu untersuchen, an ihre revolutionären Möglichkeiten anzuknüpfen und die Übergänge zu konsequent sozialistischen Positionen ausfindig zu machen. Ein SDS, in dem die Marxisten-Leninisten einen wesentlichen Einfluß auf die Gesamtpolitik des Verbandes haben, kann dabei eine Schlüsselrolle in der Verbindung zu anderen (Lehrer-, Ärzte- etc.) Organisationen spielen. Allerdings schließt das eine verstärkte Auseinandersetzung um Grundfragen nicht aus, sondern setzt sie voraus. Grundvoraussetzung ist aber eine zahlenmäßige, organisatorische und politische Verstärkung der Marxisten-Leninisten im SDS. Dazu gehört eine politische Plattform und eine nach außen deutliche organisatorische Zusammenfassung (MAGIS-Konzept).

An die gesamte antiautoritäre Strömung knüpfen einige, zwar meist zahlenmäßig kleine, aber organisierte und programmatisch klare, bewußt bestimmte Grundlinien vertretende Positionen an, die infolge der Uneinheitlichkeit der antiautoritären Bewegung einen sehr viel größeren Einfluß haben, als ihrer realen Stärke entspricht. Immer stärker in den Vordergrund kommen die Trotzkisten. Bisher spielte innerhalb der Trotzkisten noch der Unterschied zwischen den Anhängern der IV. Internationale (die die Arbeit in der Sozialdemokratie empfehlen) und den sogenannten Linkstrotzkisten (‚Komitee zum Wiederaufbau der IV. Internationale', die diesen ‚Entrismus' ablehnen) eine Rolle. Es scheint sich aber in der letzten Zeit innerhalb der IV. Internationale ein Übergang zu linkstrotzkistischen Positionen, eine Abwendung von der SPD-Arbeit und eine Hinwendung vor allem auf die Studentenbewegung abzuzeichnen (z. B. Achterberg auf der a.o.DK auf die Fragen von Lederer zu seiner Stellung zum Entrismus). Die von der IV. Internationale in der Periode des Entrismus vor allem bei sozialdemokratischen Jugendorganisationen gewonnenen Positionen werden dabei nicht aufgegeben, aber auch hier wenden sich alle Trotzkisten stärker einer SPD-unabhängigen Jugendarbeit zu. Die Verbindung zu einem Teil der antiautoritären Bewegung wird deutlich in der Zeitschrift ‚Was tun?'.

Das Grundkonzept scheint zu sein: SDS als Hebel zur Schaffung einer linken Jugendorganisation, linke Jugendorganisation als Hebel zur Schaffung einer linken Partei, unter scharfer, verbal kommunistischer Abgrenzung von den Kommunisten. In der Parteifrage dürfte auch der schärfste Widerspruch zwischen den Trotzkisten und den echten Antiautoritären liegen, der von den Trotzkisten bislang nur unter der Hand ausgedrückt wird. Bei den Antiautoritären zunächst: Gegen jede Partei. Schon bei Dutschke: Insbesondere gegen die SED-Westberlin. Bei den Trotzkisten: Noch keine neue Partei. (So „Was tun?" 2; so auch B. Achterberg auf der 23. o.DK gegenüber Cohn-Bendit: Noch sind die Bedingungen für eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht vorhanden).

Diesen Widerspruch herauszuarbeiten, kann nur fruchtbar sein. Die Marxisten-Leninisten im Verband haben in der Parteifrage eine klare und offene Linie vertreten; viele im Verband werden durch die Wahrnehmung des Taktierens der Trotzkisten, wenn es ihnen auffällt, andere Dinge klarer erkennen können.

Ein Teil der nicht in der IV. Internationale bzw. bei den Linkstrotzkisten organisierten SDSler kommt aus der antiautoritären Strömung und nimmt bei verbalem Antitrotzkismus inhaltlich trotzkistische Positionen auf. Die Grenze ist hier fließend. Insgesamt hat sich in dem letzten Jahr der trotzkistische Einfluß merklich verstärkt.

Die Position der Wiederaufnahme klassisch reiner anarchistischer Positionen (Bakunin, Netschajew, Kropotkin etc.) ist verschwunden, sie hat sich damit als eine nicht ernstlich programmatisch fixierte Position erwiesen, sondern als ein Stadium im Entwicklungsprozeß einer Gruppe von Antiautoritären, von dem aus die Wege in verschiedene Richtungen auseinanderführten. Aber anarchistische Elemente (auch z. T. in bewußter Anknüpfung an die alte anarchistische Bewegung) weist die antiautoritäre Bewegung in vielen Gruppen weiterhin auf. Sie verbinden sich nicht mehr nur in ‚reiner' Form zu einem theoretischen ‚System'.

In vielen Fällen ist ein Übergang von anarchistischen zu anarchosyndikalistischen Positionen zwischen der 22. o.DK und der a.o.DK zu beobachten gewesen, ein Prozeß, der sich noch verstärkt hat. (Rabehl verfocht anarchosyndikalistische Positionen bereits auf der 22. o.DK des SDS, – damals noch im Gegensatz zu den führenden Strömungen innerhalb der Antiautoritären). Gewisse grundlegende marxistische Einsichten (revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse, Notwendigkeit der revolutionären Diktatur des Proletariats etc.) werden nicht mehr bestritten (was auch auf unsere Argumentation, stärker aber auf die Erfahrungen von Dortmund-Huckarde, die Anti-Springer-Demonstrationen und den Anti-NS-Kampf zurückzuführen ist). Aber andere Elemente (Ablehnung der Notwendigkeit einer revolutionären sozialistischen Partei der Arbeiterklasse, da bürokratisch; spontane Organisation der Arbeiterklasse in Union, Räten etc.) werden auf „marxistischer" Basis weitergeführt. Der Resignation an der Arbeiterklasse ist bei dieser Strömung zeitweise eine abstrakte Verhimmelung des Proleten aus dem Bilderbuch, der ‚Basis' usw. gewichen.

Ein Begriff für Studierende
FAHRSCHULE
HELMIN
Köln · Roonstraße 84 · Ruf 23 81 16

Mit ihrem „antibürokratischen" und „antistalinistischen" Ansatz nimmt diese Strömung einerseits allgemeine Stimmungen in der antiautoritären Bewegung auf, andererseits verbindet sie dieser Ansatz mit den Trotzkisten.
Die Rechtsopportunisten alten Typs spielen als eigene politische Gruppierung nur in extremen Sonderfällen eine Rolle. Soweit es sich um führende Genossen handelt (Schauer, Richter), geben sie sich antiautoritär (eine mögliche theoretische Brücke wird wahrscheinlich bald Habermas und André Gorz darstellen, vgl. die Gorz-Rezension von Schauer in der ‚Zeit', in der sich die rechtsopportunistische Aufarbeitung antiautoritärer Stimmungen ausdrückt). Sie verbünden sich politisch mit den Trotzkisten, – was auch den Neigungen, in einer so eingegrenzten, über die Studenten nicht hinausreichenden Bewegung eine bedeutende Rolle spielen zu können, entgegenkommt. Die Marxisten-Leninisten sind im Verlauf der letzten beiden DK's stärker zusammengewachsen. Deutlich wird das bei dem immer klarer werdenden Verhalten solcher Gruppierungen, die bisher versucht haben, zentristische Positionen einzunehmen.
Zusammengefaßt: Ernstzunehmende Strömungen, auf die hin sich die Mitglieder im SDS polarisieren sind:
a) die marxistisch-leninistische Strömung,
b) die trotzkistisch-anarchosyndikalistische Allianz.

Angesichts des Versuchs der trotzkistisch-anarchosyndikalistischen Allianz, antiautoritäre Stimmungen im Verband auszunutzen, um die Anhänger der marxistisch-leninistischen Strömung aus der Verbandsarbeit herauszudrängen, angesichts des Übergangs der trotzkistisch-anarchosyndikalistischen Allianz zu offener Spalterpolitik, müssen die Marxisten-Leninisten in der Aktion und in der theoretischen Diskussion der Mehrheit der SDS-Genossen vor Augen führen, daß sie die Kampfmodelle entwickeln können, um sozialistische Politik an den Hochschulen zu betreiben.

Dr. J. H. v. Heiseler

MARXISTISCHE BLÄTTER

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
Zweimonatszeitschrift (Heft DM 2,–, Jahresabonnement und Porto DM 13,80).

Nr. 5 Autoritäre Herrschaftsstrukturen – Demokratische Alternativen — September 1968

Nr. 6 Bildung und wissenschaftlich-technische Revolution — November 1968

Sonderreihe 1968

50 JAHRE NOVEMBER-REVOLUTION – 50 JAHRE GRÜNDUNG DER KPD
Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Ca, 230 Seiten – Paperback DM 4,–
(Sonderheft „Marxistische Blätter" Nr. 3/68 — November 1968

Anfragen, Bestellungen, Probehefte:
Marxistische Blätter – 6 Frankfurt/Main W 13 – Kurfürstenstraße 8 (K)

Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf

Von Juan Diz

(Kommunistische Partei Spaniens)

Ich möchte über das schreiben, was oft als „Rebellion" der Jugend bezeichnet wird. Dabei handelt es sich keineswegs um eine absurde Theorie des „Kampfes der Generationen".
Erstens ist die heute zu beobachtende „Rebellion" der Jugend durchaus keine neue Erscheinung. In jeder revolutionären Bewegung war die Jugend stets einer der entscheidenden Faktoren. Wir wissen das z. B. aus unserer Erfahrung des Krieges 1936–1939.
Zweitens muß man die Gesamtheit der soziologischen Faktoren berücksichtigen. Erst seit 1965 wurde das Vakuum ausgefüllt, das durch die Jahre des zweiten Weltkrieges entstand: Heute wachsen bedeutend zahlreichere Generationen heran, erreichen bedeutend mehr Jugendliche jenes Alter, da sie in die gesellschaftliche Arbeit einbezogen werden oder an die Universitäten gehen.
Stellen wir uns jetzt folgende Frage: Geht es nicht darum, daß infolge der entstandenen Bedingungen die Jugend den Neokolonialismus radikaler ablehnt als die Menschen älterer Generationen? Im weitesten Sinne des Wortes gesprochen, wissen wir, daß die menschlichen Erfordernisse einen historischen Begriff darstellen. Die älteren Generationen haben im Laufe ihres Lebens solche für sie neuen Dinge kennengelernt wie Auto, Flugreise, Fernsehen, Kühlschrank usw. Doch für die heutige Jugend sieht das alles anders aus. Für die Denkweise der jungen Menschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist das alles nur ein Ausgangspunkt, aber nicht Objekt des Strebens, nicht Ziel. Die Erwartungen der heutigen Jugend liegen auf anderer Ebene. Das, was die neokapitalistische Gesellschaft gibt, entspricht nicht den wahren Bestrebungen der breiten Masse der Jugend. Daraus resultiert eine der Ursachen für die radikale Ablehnung des Neokapitalismus seitens so breiter Schichten der jungen Generation.
Berücksichtigt werden muß zudem jene ideologische Situation, in der die erwähnte Erscheinung vor sich geht: Die Jugend erlangt das Bewußtsein in einer Welt, die sich mitten in der wissenschaftlich-technischen Revolution befindet; die wissenschaftlichen Errungenschaften rufen bei den Jugendlichen den Eindruck hervor, daß der Mensch heute fähig ist, alles auf der Welt zu tun. Das, was Jahrhunderte der Gipfel des Unmöglichen, sogar des Absurden, war – ein Flug zum Mond –, ist heute eine konkrete Angelegenheit, die jetzt von den Menschen vorbereitet wird.
Dazu leben wir in einer Periode, die durch eine totale Krise der moralischen Werte der Bourgeoisie gekennzeichnet ist. Beseitigt werden Hemmnisse und Fesseln, wie sie für die junge Generation in der Periode ihrer Formierung in der Vergangenheit religiöse Glaubensbekenntnisse und allerlei bürgerliche Konzeptionen waren.
Die Jugend, die jetzt ins Leben tritt, gewinnt den Eindruck, daß sich alles in ihr verändert, daß morgen alles anders sein wird als gestern.
Ein anderes Moment besteht im folgenden: Die heutige Jugend steht in ihrer Masse auf einem bedeutend höheren kulturellen Niveau als wir in unseren jungen Jahren standen. Das trifft nicht nur für die studentische Jugend zu, sondern auch für die Arbeiter- und Bauernjugend. Wir beobachten das sogar in Spanien, trotz all seiner Rückständigkeit. Deshalb haben die Jugendlichen jetzt bessere Voraussetzungen, diese neue Realität, diesen Prozeß der Veränderungen nicht nur im lokalen, unmittelbaren Maßstab wahrzunehmen, sondern auch im all-

gemeinen, selbst im Weltmaßstab. Groß ist die Bedeutung der modernen Kommunikationsmittel, ihr Einfluß auf das Wachstum des Bewußtseins der heutigen jugendlichen Massen. Infolgedessen können die jungen Menschen alles wahrnehmen, was sich an jedem Ort des Planeten vollzieht.

Die oben erwähnten Faktoren müssen wir im Zusammenhang mit jener wichtigen Tatsache sehen, daß die heutige Jugend in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in das Leben eintritt. In dieser Epoche wird in der neokapitalistischen Gesellschaft jede Erscheinung zu einem Diskussionsgegenstand, wird alles in Zweifel gestellt. Die Wirklichkeit der sozialistischen Welt ist – dank der Tatsache ihrer Existenz selbst – eine ständige Negation des Kapitalismus, eine Negation, die die Jugend auf Tausende verschiedene Arten wahrnimmt, sogar früher, bedeutend früher, als sie politisches, sozialistisches Bewußtsein erlangt.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang einige der spezifischen Widersprüche, die die junge Generation in Konflikt mit der neokapitalistischen Gesellschaft geraten läßt. Der junge Mensch tritt in eine Welt, in der – so scheint es auf den ersten Blick – ein mit der Technik ausgerüsteter Mensch fähig ist, alles zu tun. Doch dieser junge Mensch überzeugt sich, daß eine solche Gesellschaft ihm seine elementarsten Rechte versagt. Hier gibt es das Problem der Arbeitslosigkeit, die Mängel des Bildungssystems, alle möglichen Schwierigkeiten, die vor den Jugendlichen auftreten, wenn sie sich ein normales Leben schaffen wollen.

Andererseits verringert die Erhöhung der Lebenserwartung des Menschen objektiv die Möglichkeiten des jungen Menschen, diese oder jene Arbeitsstelle einzunehmen oder eine seinen Fähigkeiten entsprechende verantwortliche Arbeit auszuüben. Ich spreche schon gar nicht von anderen sozialen Faktoren, die in der gleichen Richtung wirken, denn sie sind bekannter und offensichtlicher.

Wir meinen, ein konkreter und entscheidender Faktor, der die derzeitige Welle der Jugend- und Studentenbewegung bedingte, ist der Krieg in Vietnam; er stellt einen Wendepunkt in der Entwicklung der internationalen Situation der Nachkriegsperiode dar.

Man kann sagen, daß der Vietnamkrieg der jungen Generation die ganze Fäulnis und Abscheulichkeit des Imperialismus vor Augen geführt hat. Dieser Krieg hat gezeigt, wie die „Muster"gesellschaft des Neokapitalismus furchtbaren Völkermord verübt, den Rassismus ins Ungeheuerlichste, die Ungerechtigkeit bis zur Unmenschlichkeit steigert. Er hat gezeigt: Das ist eine Gesellschaft, in der das Verbrechen Bestandteil des verderblichen politischen Lebens ist. Der amerikanische Imperialismus ruft Abscheu bei den breitesten Massen in der ganzen Welt hervor. Seit Beginn des Vietnamkrieges entsteht in den Vereinigten Staaten selbst eine sehr starke Protestbewegung, in der die Jugend eine bedeutende Rolle spielt.

Im Weltmaßstab wirkt – außer der Tatsache, daß der Imperialismus verurteilt und angeprangert wird – ein Faktor von riesiger Bedeutung: der wegweisende Kampf des vietnamesischen Volkes. Der Heroismus seiner Kämpfer und die von ihnen gebrachten Opfer sprechen davon, daß heute mit Unterstützung der Sowjetunion und des ganzen sozialistischen Lagers sogar ein kleines Volk imstande ist, der größten imperialistischen Macht der Welt Einhalt zu gebieten und sie zu zerschlagen.

Diese Tatsache trug in vielem dazu bei, daß die Jugend überhaupt die Probleme der „dritten Welt" besser zu fühlen begann. In dieser Hinsicht spielte die kubanische Revolution eine bedeutende Rolle. Daher ein so breiter Widerhall, den der heldenhafte Tod des von den Imperialisten ermordeten Genossen Ché Guevara unter der Jugend auslöste. Sein Tod wurde für die Jugend zum Symbol des Protestes, zum Beispiel des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus, er verschärfte vor der Jugend die aktuellen Schlüsselprobleme, die emörenden Probleme der schwachentwickelten Länder, zeigte die entsetzliche Ungerechtigkeit, unter deren Bedingungen die vom Imperialismus zu Ausbeutung, Hunger und Ausplünderung verurteilten Völker leben. Ché Guevara ist ein beliebter Held der spanischen Jugend.

Ich möchte auch unterstreichen, daß der Protest oder die „Rebellion" der Jugend durch Gefühle tiefer Sympathie für den Sozialismus gekennzeichnet sind. Die Jugend fühlt sich zum Sozialismus hingezogen, jedoch nicht zu einem Sozialismus sozialdemokratischer Prägung, sondern zum Sozialismus, wie wir ihn verstehen, zu einem solchen Sozialismus, wie er in den Ländern gesiegt hat, wo die marxistisch-leninistischen Parteien an der Macht sind.

Freilich gibt es im Rahmen dieser Sympathien und allgemeinen Tendenzen Verwirrung, Unverständnis und direkte Äußerungen der bürgerlichen Ideologie. Es wäre jedoch richtig, zuzugeben, daß eine bestimmte Schwäche unserer eigenen ideologischen Arbeit Erscheinungen eines solchen Unverständnisses und solcher Verwirrung fördern konnte und daß zu ihrer Überwindung unsererseits beträchtlichere Anstrengungen und größerer Offensivgeist auf ideologischem Gebiet erforderlich sind.

Bis jetzt habe ich über die Jugend allgemein gesprochen. Nunmehr möchte ich konkretere Probleme der studentischen Jugend behandeln. Hier gibt es Faktoren, die sich im wesentlichen aus der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben und mit deren Einfluß auf die soziale Struktur der Jugend verbunden sind.

Der erste offensichtliche Fakt ist das gewaltige Anwachsen der Zahl der Studenten in den letzten Jahren. In allen Ländern war dieses Wachstum beträchtlich. Auch in Spanien war es zu verzeichnen, obgleich in geringerem Ausmaß. Die Studenten repräsentieren heute eine beachtliche Masse. Außerdem – und das ist vom revolutionären Standpunkt aus sehr wichtig – handelt es sich um eine Masse, die in Fakultäten, Instituten und Universitätsstädtchen konzentriert ist. Dieser Umstand sollte uns zwingen, bis zu einem bestimmten Grade unser traditionelles Schema hinsichtlich der Studentenschaft zu überprüfen. Früher bildete jener Teil der Studenten, der ins Lager der Revolution überging, nur eine unbedeutende Minderheit. Die Studenten waren eine „Vorbourgeoisie". Erinnern wir uns, daß in der Periode des Aufschwungs des Faschismus vor dem zweiten Weltkrieg die Studenten einen Teil der Massenbasis des Faschismus bildeten. Wenngleich der Prozentsatz der Arbeiterkinder weiterhin niedrig bleibt – und in Spanien ist er überhaupt unbedeutend –, sind die Studenten in ihrer Mehrheit jetzt schon nicht mehr Kinder einer privilegierten Minderheit; im großen Maße sind das Kinder von Angehörigen freischaffender Berufe, von Beamten, Angehörigen der Mittelschichten, des Kleinbürgertums, der Intelligenz usw. So bricht die traditionelle Vorstellung zusammen, nach der ein Student infolge seiner Herkunft aus einer bestimmten Familie fast automatisch Zutritt zu führenden und privilegierten Stellungen in der bürgerlichen Gesellschaft erhält.

Selbst in Spanien, wo dieser Prozeß eine geringere Entwicklung als in anderen Ländern erfuhr, haben wir folgende Erfahrung zu verzeichnen: Die Zukunft der übergroßen Mehrheit der Studenten hängt nicht vom Erbe ab, das sie von ihrer Familie erhalten, sondern vom Platz, den es diesem oder jenem Studenten auf dem Arbeitsmarkt zu erringen gelingt. Die große Masse der heutigen Studenten kommt, ähnlich dem Proletariat, auf den Arbeitskräftemarkt. Nur erscheinen sie auf diesem Markt nicht als Arbeiter, sondern als Ingenieure, Techniker, Spezialisten, Wissenschaftler. Das geschieht jedoch auf einem Markt, der den Gesetzen des Monopolkapitals untergeordnet ist.

Hier liegt unserer Meinung nach die objektive Basis für die Annäherung und der Berührungspunkt der Studentenbewegung als solcher und der Arbeiterbewegung, und hier liegt die objektive Ursache für den Drang der Studentenbewegung zum Sozialismus.

Wenn wir zu einer solchen Schlußfolgerung gelangen, dann sollten wir das Problem der Studentenschaft mit einem breiteren Problem verbinden. Unserer Ansicht nach verwandelten sich nicht nur die Studenten, sondern auch die Techniker, Ingenieure, die Lehrer und Dozenten, die Intelligenz in eine soziale Schicht, die in der heutigen Gesellschaft bedeutendes und zunehmendes Gewicht hat. Das ist eine Schicht, die wächst und sich entwickelt, die mit den fortschrittlichsten Sektoren der Produktion, der Industrie verbunden ist. Das sind Lohnarbeiter, deren Funktion immer mehr kollektiven, immer mehr gesellschaftlichen Charakter trägt. Und infolge ihrer spezifischen, wenn man so sagen kann, auf Rationalisierung bedachten Mission, geraten sie sogar auf dieser Ebene mit dem ganzen Irrationalismus des Systems des kapitalistischen Eigentums in Konflikt.

Das läßt uns zu dem Schluß gelangen, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern in unseren Tagen diese Schicht eine der Triebkräfte der Revolution ist. Unsere Partei hat in den letzten beiden Jahren ihrer politischen Linie die These zugrunde gelegt, daß in Spanien gegenwärtig ein Bündnis der gesellschaftlichen

Kräfte, das imstande ist, die sozialistische Revolution zu verwirklichen, schon nicht mehr nur ein Bündnis der Arbeiter und Bauern ist. Wir nennen es ein „Bündnis der Kräfte der Arbeit und der Kultur". Neben der Arbeiterklasse und der Bauernschaft schließt es die Intelligenz, Angehörige freier Berufe, Techniker und Studenten ein.

Freilich werden solche Schichten nicht spontan zu einer Triebkraft der Revolution, denn sie unterliegen einem starken Druck seitens der Bourgeoisie, stehen unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie. Doch werden etwa die Bauern nicht bürgerlich beeinflußt?

Die Erfahrungen unserer Arbeit in der letzten Zeit auf politischem, ideologischem und selbst organisatorischem Gebiet, die auf die Formierung eines solchen Bündnisses der Kräfte der Arbeit und der Kultur gerichtete Tätigkeit zeigt, daß diese These mit der realen Lage in unserem Lande übereinstimmt, daß es sich um eine Idee handelt, die sich in Massenaktionen verwandelt.

Außerdem meinen wir, daß eine solche Konzeption des Bündnisses der Kräfte der Arbeit und der Kultur von großer Bedeutung in der Perspektive ist, wenn wir die konkreten, mit der Machtergreifung durch die progressiven und antimonopolistischen Kräfte verbundenen Probleme analysieren.

Nehmen wir z. B. die Frage der Arbeit in den Reihen der bewaffneten Kräfte. Ihr müssen die kommunistischen Parteien natürlich und unbedingt große Aufmerksamkeit widmen. Wenn diese Arbeit auf der Grundlage einer klaren Konzeption des Bündnisses der Kräfte der Arbeit und der Kultur durchgeführt wird, dann finden wir in diesem Plan neue Möglichkeiten, denn es geht schon nicht mehr nur um die Arbeit unter den Soldaten. Es eröffnen sich große Perspektiven zur Gewinnung von Offizieren für die revolutionäre Sache, unter denen die Zahl der Fachleute und wissenschaftlich Tätigen wächst und die in vielen Fällen Brüder oder Verwandte von Studenten sind. Allgemeiner gesagt, kann die revolutionäre Bewegung außerordentlich große Möglichkeiten zur Zersetzung des Staatsapparates des Monopolkapitals haben. Dieser Apparat ist schon nicht mehr der, der er vor 30 oder 40 Jahren war: Heute ist er wesentlich von den Fachleuten abhängig.

Unsere Partei arbeitet daran, in Spanien einen gesamtnationalen Streik als Kampfform zum Sturz der Francodiktatur und für eine Vorwärtsbewegung zu organisieren. Diesen Streik fassen wir eben als eine solche Kampfform auf, die den allgemeinen Streik des Proletariats mit der Teilnahme aller anderen Kräfte – Bauern, Studenten, Techniker, Ingenieure, Geschäftsleute, Geistliche usw. – verbindet. Wir meinen, daß diese Idee Elemente enthält, die Stoff zum Nachdenken geben und nicht nur für die Situation des Kampfes gegen die Francodiktatur in Spanien von Interesse sind.
Ich möchte auf einige Probleme der Studentenbewegung zurückkommen, und zwar auf die Frage „links"radikaler Tendenzen, die unter den revolutionären Studenten aufkommen.

Unsere Erfahrungen zeigen, daß anarchistische Tendenzen natürlich eine Folge kleinbürgerlicher Einflüsse, zugleich aber ein Problem der Unreife sind. Eine ähnliche Erscheinung ist in der Anfangsperiode der Arbeiterbewegung zu finden, wenn diese noch nicht eine Reife erlangt hat, die es den Arbeitern gestattet, ihre eigene Ideologie zu schaffen und zu beherrschen, und folglich derartige Tendenzen zu überwinden. Wenn also solche neuen sozialen Schichten, wie die Studentenschaft, auf diesem oder jenem Wege in die Front des revolutionären Kampfes einbezogen werden, ist es nicht verwunderlich, daß unter ihnen anarchistische, „links"radikale Strömungen auftreten. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Wurzeln selbst können zweifellos antikommunistische Tendenzen nähren, die zu einem selbständigen Problem werden, zu einem solchen heranwachsen können.

Gleichzeitig zeugt unsere Erfahrung davon, daß in dieser Hinsicht vieles von unserer Tätigkeit abhängt. In der Arbeit mit den Studenten ist das wichtigste, sich auf die objektive Verschmelzung des Protestes der Studentenschaft und ihrer Ablehnung des Kapitalismus mit dem Protest der Arbeiterbewegung sowie auf das Streben der Studentenbewegung zum Kampf auf seiten der Arbeiterklasse und die starke Hinwendung der Studenten zum Marxismus zu stützen. Eine solche Hinwendung wird in Spanien, wo der Marxismus keinerlei legale Möglichkeit zur Verbreitung hat, weitgehend beobachtet.

sozialistische hefte **sh**

Die Monatszeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
informativ — kritisch — unabhängig
VII. Jahrgang

sozialistische hefte

- *informieren* **über aktuelle Ereignisse der** sozialistischen Bewegung
- *analysieren* **unsere Gesellschaft, die Politik der Parteien und die Grundtendenzen unserer Zeit**
- *kommentieren* **alle Probleme vom Standpunkt des** Marxismus

Doppelheft 9—10/1968 enthält:

- E. Högemann-Ledwohn: **Zur Entwicklung in der CSSR**
- **A. P. Butenko (Moskau): Probleme der sozialistischen Integration**
- **A. Schaff (Warschau): Entfremdung im Kapitalismus und Sozialismus**
- **M.-A. Roy (Lyon): Zur Rolle der Arbeiterklasse, KPF und linken Studenten**
- **Waldeck Rochet (Paris): Streikbewegung, Wahlergebnis und die Lehren**
- **F. Allaun (London): Labour-Linke formiert sich auf eigener Programm-Grundlage**
- **DOKUMENTATION (62 Seiten): CSSR — Umbruch oder Zusammenbruch? Vorbemerkungen / A: Der neue Kurs / B: Das neue gesellschaftliche System / C: Zur Rehabilitierungskampagne / D: Das konterrevolutionäre Syndrom / E: Interventionen / F: Die Reaktion der CSSR / G: Die Reaktion der internationalen Arbeiterbewegung**

Preis dieses Heftes DM 3,—

sozialistische hefte
Albert Berg, 2 Hamburg 39, Riststraße 2

Bei Bezugnahme auf diese Anzeige/A. senden wir Ihnen gern ein kostenloses Probeexemplar.

Preis DM 1,50
für Studenten DM 1,—
zuzüglich Versandspesen

Viele Jahre lang haben die Kommunistische Partei, ihre Studentenorganisationen gekämpft, um die studentischen Massen davon zu überzeugen, daß sie eine Lösung ihrer Probleme nicht finden werden ohne Kampf auf seiten der Arbeiterklasse. Anfangs stießen wir auf Unverständnis. Man muß sagen, daß wir heute unser Ziel nicht nur in großen Universitäten erreicht haben, sondern auch in Universitäten kleinerer Provinzen. Wichtig war dabei, daß gerade der Einfluß der Partei und ihre Arbeit die studentischen Massen zuerst zum Verstehen des Kampfes der Arbeiterklasse und dann auch zum praktischen Kampf gemeinsam mit ihr führten. In letzter Zeit besteht Kontakt zwischen der Demokratischen Gewerkschaft der Studenten (Sindicato Democratico de Estudiantes) und den Arbeiterkommissionen. Bei den jüngsten Demonstrationen, zu denen die Arbeiterkommissionen aufgerufen hatten, schloß sich die Demokratische Gewerkschaft der Studenten in vielen Städten offiziell der Plattform der Arbeiterkommissionen und den Aufrufen dieser Kommissionen, am 30. April und 1. Mai Demonstrationen durchzuführen, an.

Der ideologische Kampf gegen die „links"-radikalen Tendenzen wird in einer Reihe von Fragen geführt, die die Praxis der Studentenbewegung selbst auf die Tagesordnung setzt.

Welches sind die wichtigsten Fragen, die Gegenstand unserer Diskussion mit den Vertretern der „links"radikalen Tendenzen sind? Vor allem geht es um die Versuche, den Kampf für demokratische Freiheiten dem für den Sozialismus entgegenzustellen. Wir müssen beweisen, daß es für den Sozialismus keinen anderen Weg gibt als den des Kampfes für demokratische Freiheiten, daß der Kampf für Demokratie und Sozialismus Elemente ein und desselben Prozesses sind.

Eine andere Frage ist das Wechselverhältnis von parlamentarischem Kampf und revolutionärem Massenkampf. In diesem Zusammenhang legen wir unsere Konzeption folgendermaßen dar: Die Anwendung der parlamentarischen Formen des Kampfes steht nicht im Widerspruch zur revolutionären Perspektive, sondern ist eines ihrer Momente. In dieser Perspektive sind selbstverständlich die Mobilisierung der werktätigen Massen und ihr Kampf entscheidender Faktor.

In der Polemik mit Vertretern „links"-radikaler Tendenzen ist es wichtig zu betonen, daß einige ihrer Thesen mit alten reformistischen Postulaten übereinstimmen: Die Mißachtung der demokratischen Freiheiten erinnert z. B. an die traditionelle reformistische Behauptung, daß die Arbeiterklasse nicht an der bürgerlichen Revolution teilnehmen solle, wodurch zur Festigung des bürgerlichen Einflusses das Feld eröffnet wird. Unsere Erfahrung besagt, daß derartige Diskussionen mit den Studenten nützlich sind, daß diese sich in vielen Fällen irren oder einfach in Fragen der revolutionären Taktik unwissend sind. Das läßt uns schlußfolgern, daß es unzweckmäßig wäre, einzelne antikommunistische Positionen, wie sie in diesen Kreisen der Jugendlichen beobachtet werden, mit dem Antikommunismus der Bourgeoisie auf gleiche Stufe zu stellen.

Wir haben uns davon überzeugt, daß in bestimmten Fällen die „links"radikale Kritik junger Revolutionäre bei uns die vernünftigsten selbstkritischen Überlegungen hervorrufen konnte. Wenn die Partei es z. B. in irgendeinem Falle oder in irgendeinem Moment nicht vermochte, den Zusammenhang zwischen dem Kampf für die Verwirklichung der unmittelbaren Forderungen und der Perspektive des nachfolgenden Kampfes für den Sozialismus klar genug zu zeigen, so setzen wir uns damit natürlich der Kritik von links aus.

Einige Worte über unsere Erfahrung bei der Entwicklung der Massenbewegungen der Jugend im Lande.

In Spanien befindet sich der Kommunistische Jugendverband, der im Jahre 1961 wiedererstand, als der wachsende Zustrom der Jugend in die Partei die Frage der Schaffung einer selbständigen Organisation für die Jugend stellte, in der Illegalität. Bereits damals zählte der Verband viele tausend Kommunisten, in der Regel sehr junge, wobei ein bedeutender Teil Mädchen waren. Der Kommunistische Jugendverband erfuhr eine Weiterentwicklung vor allem im Zuge der Massenaktionen und auf Grund der sehr offen geführten Arbeit mit den Massen. Seine Mitglieder arbeiteten in legalen Klubs an der Suche nach allen nur möglichen Formen, die es dem Kommunistischen Jugendverband erlauben würden, die Verbindung mit den Massen der Jugendlichen herzustellen und mitten unter ihnen zu sein.

Bei der Lösung der Frage der Organisationsstruktur des Kommunistischen

Blinkfüer

NEUERSCHEINUNG

Streiflichter

aus dem Leben eines

Kommunisten

Eine Biographie über

Max Reimann

Von Franz Ahrens

Taschenbuchausgabe

220 Seiten und 16 Foto-Seiten

DM 7,–

Im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich

BLINKFÜER-VERLAG HARALD DÖTZE

2 Hamburg 50 Postfach 167 Telefon 38 24 13

Jugendverbandes geht die Partei von dem tiefen Vertrauen zu den jungen Kadern aus; das Durchschnittsalter der Kader des Kommunistischen Jugendverbandes beträgt 18–20 Jahre. Die Komitees des Kommunistischen Jugendverbandes genießen in ihrer Tätigkeit große Selbständigkeit. Sie wirken vor allem unter der Arbeiter- und Bauernjugend sowie unter den Lernenden der mittleren Lehranstalten.

Ausführlicher möchte ich auf zwei Massenbewegungen eingehen, die bestimmte originelle Merkmale aufweisen. Das ist vor allem die Bewegung der Arbeiterjugendkommissionen. Diese entstanden in den Arbeiterkommissionen, welche gegenwärtig die Arbeiterklasse unseres Landes vereinigen und mobilisieren und die Avantgarde in der ganzen demokratischen Bewegung bilden.

Heute bestehen bereits Hunderte und aber Hunderte Arbeiterjugendkommissionen in den Betrieben und am Wohnort. Sie mobilisieren Zehntausende junger Arbeiter zu ökonomischen und politischen Aktionen.

Die Arbeiterjugendkommissionen arbeiten in den Betriebsversammlungen junger Arbeiter oder in Klubs, mitunter in Kirchen und nicht selten in Wäldern mit den verschiedensten Mitteln selbständig ihre programmatischen Forderungen aus. Freilich sind diese nicht isoliert vom Gesamtprogramm der Arbeiterkommissionen, sondern eher seine Ergänzung, seine Entwicklung in bezug auf die Jugend.

Die Arbeiterjugendkommissionen führen eigene Massenaktionen durch, an denen die Arbeiterjugend teilnimmt. Gleichzeitig ist ihre Tätigkeit ein Beitrag für die allgemeine Strategie der Aktionen der Arbeiterbewegung. Am 18. April dieses Jahres riefen z. B. die Arbeiterjugendkommissionen auf, in Madrid eine Demonstration der Arbeiterjugend durchzuführen und damit deren Forderungen zu unterstützen. Diese Demonstration war ein Teil der Vorbereitung der großen Aktionen vom 30. April und 1. Mai, an denen sich die gesamte demokratische und Arbeiterbewegung beteiligte. Mit Hilfe der Arbeiterjugendkommissionen gelingt es uns, die Programme der Arbeiterkommissionen unter der Jugend außerordentlich breit zu popularisieren, in ihren Kommissionen findet die Jugend die Möglichkeit, ihre Probleme zu stellen, und das alles geht nicht außerhalb, sondern in der Arbeiterbewegung, in den Arbeiterkommissionen vor sich.

Den Arbeiterjugendkommissionen gehören neben jungen Kommunisten beträchtliche Gruppen von Katholiken und Vertretern anderer Strömungen an. Am wichtigsten ist jedoch, daß die Arbeiterjugendkommissionen die große Masse junger Arbeiter vereinigen, die – wenngleich sie auch keine klaren politischen Anschauungen vertreten – doch am revolutionären Klassenkampf im Rahmen dieser Organisationen teilnehmen.

Was die Arbeit in der demokratischen Gewerkschaft der Studenten betrifft, so muß man unterstreichen, daß die Kommunistische Partei ohne Zweifel die führende Rolle in dieser demokratischen Studentenbewegung spielt, die die überwältigende Mehrheit der an den Universitäten Spaniens gegenwärtig studierenden etwa 100 000 Studenten umfaßt. Bekanntlich kämpfen die Studenten praktisch seit Oktober vergangenen Jahres in den verschiedensten Formen, bis zum Straßenkampf, gegen die Diktatur. Dabei legen sie oftmals einen hohen Kampfgeist an den Tag. die Studenten kämpften auf den Barrikaden gegen die Polizei nicht nur in Madrid, sondern sogar in einer so traditionell konservativen Stadt – die von den dynamischsten Strömungen des politischen Kampfes isoliert ist – wie Santiago de Compostela. Was die Faktoren betrifft, die es der Kommunistischen Partei gestatten – oder gestatteten –, die so wichtige Rolle des Führers dieser Bewegung zu übernehmen, so sind neben den ideologischen und politischen Elementen, von denen ich oben bereits gesprochen habe, zur Darlegung dieser Frage die Organisationsformen der Tätigkeit der Partei in der Studentenbewegung zu nennen.

Unter der Studentenschaft werden übliche Organisationen unserer Partei geschaffen. Anders gesagt, die kommunistischen Studenten bilden keine besondere oder unabhängige Organisation. Damit wollen wir erreichen, daß alle Parteikomitees, von den Kreiskomitees bis zum Zentralkomitee (wir meinen natürlich die Komitees, auf deren Territorium sich Universitäten befinden), die Probleme der Universität und der Studentenschaft als ihre eigenen Probleme betrachten. In einigen Fällen ist das nicht leicht zu erreichen. Doch das ist von eminenter Bedeutung, denn wir sind der Ansicht, daß nur in dem Maße, wie die Probleme der Studentenschaft innerhalb der Partei gelöst werden und die Parteiorgane die Lösung der studentischen Probleme ebenso zu ihrer Angelegenheit machen wie sie die Lösung der Probleme der Arbeiterklasse und der anderen Bevölkerungsschichten übernommen haben, die Partei als solche die richtige Orientierung und die Verbindung mit der Studentenbewegung gewährleisten kann.

Bei uns gibt es in jeder Universität ein Parteikomitee, dem ausschließlich Studenten angehören. Dieses Komitee, das allgemeine politische Weisungen vom Kreiskomitee erhält, genießt weitgehende Selbständigkeit bei der Durchführung der Parteipolitik innerhalb der Universität. Unsere Studentenkomitees geben beispielsweise unter eigener Regie verschiedene Zeitungen heraus, insbesondere an den Universitäten Madrid, Barcelona und Valencia.

Ein anderes wichtiges Merkmal ist, daß die Parteiorganisationen sich sozusagen mit verschiedenen Seminaren, Zirkeln, Kolloquien und anderen elastischen Formen der Organisation umgeben haben, in denen unsere Genossen wirken; die Kommunisten erläutern die Politik der Partei und erörtern sie mit den Sympathisierenden und anderen revolutionär gestimmten Studenten. Anders gesagt, unsere Parteiorganisationen vereinigen breite Kreise der revolutionären Studenten, die gemeinsam nicht nur an Kampfaktionen, sondern auch an politischen wie ideologischen Diskussionen teilnehmen. Vom Standpunkt der Gewinnung neuer Mitglieder für die Partei ist unsere Linie recht kühn, und wir unternehmen beachtliche Anstrengungen in dieser Richtung.

Heute, da in Spanien eine Krisensituation herrscht und die faschistische Francodiktatur in allen Fugen kracht, sehen wir, daß Revolutionäre nicht nur unter Studenten aus den Mittelschichten der Bevölkerung, sondern selbst unter den aus herrschenden Kreisen stammenden Studenten zu finden sind.

Die Demokratische Gewerkschaft der Studenten entstand im Prozeß des Kampfes der spanischen Studentenschaft gegen die offizielle Struktur, die das Francoregime den Universitäten aufzwingen wollte. Anfangs gab es eine typisch faschistische Organisation, die sogenannte spanische Universitätsgewerkschaft (Sindicato Estudiantil Universitario). Als im Ergebnis des Kampfes der Studenten diese Organisation auseinanderfiel, versuchte das Regime, den Studenten eine professionalere Form in Gestalt des Berufsverbandes der Studenten (Associación Profesional de Estudiantes) aufzuzwingen. Doch auch diese von der Regierung vorgeschlagene Form wurde von der studentischen Massenbewegung abgelehnt; diese forderte die Schaffung einer eigenen demokratischen Studentengewerkschaft. Die Organe der Demokratischen Gewerkschaft der Studenten in den Fakultäten, Instituten und Universitäten werden auf demokratischem Wege von der übergroßen Mehrheit der Studenten gewählt. Die Wahlen selbst sind ein erbitterter Kampf gegen die Regierung. Sie werden entweder – entgegen dem Beschluß der Akademiebehörden – selbständig durchgeführt, oder die Studenten nutzen die von den Behörden durchgeführten Wahlen aus der Erwägung heraus, daß das gewählte Organ in der Folge mit der offiziellen Struktur brechen, sich der Demokratischen Gewerkschaft anschließen und sich damit in die mächtige demokratische Studentenbewegung einreihen wird. Ungeachtet der Repressalien, ungeachtet dessen, daß Hunderte Studenten wegen Teilnahme an der Organisierung ihrer Demokratischen Gewerkschaft vor Gericht gestellt oder in Gefängnisse geworfen wurden, existiert, wirkt und entwickelt sich diese Gewerkschaft in ganz Spanien. Wie die Weltpresse zugibt, spielt sie eine sehr wichtige Rolle im Prozeß des demokratischen Kampfes.

Bei ihrer Arbeit unter den studentischen Massen berücksichtigen die Kommunisten folgendes: Unter den Massen der Studenten hebt sich eine revolutionäre Minderheit hervor, die in einigen Städten mehrere tausend sehr radikal gestimmte Studenten mit einem recht hohen politischen Niveau ausmachen kann. Diese Studenten wollen gegen die Polizei kämpfen und sprechen sich sogar für die sozialistische Revolution aus. Wir bemühen uns mit allen Kräften, diese revolutionäre Avantgarde der Studentenschaft zu festigen, gemeinsam mit der Arbeiterklasse Demonstrationen durchzuführen usw. Da es uns um die Sache und nicht um das Wort geht, stellen wir die Frage so: In den Reihen der Kämpfer steht links von den Kommunisten niemand.

Gleichzeitig gibt es eine erhebliche Zahl von Studenten, vor allem unter den Bedingungen Spaniens, die sich noch nicht

durchgerungen haben, die Frage der Revolution zu stellen, sondern nur gewerkschaftliche und demokratische Forderungen erheben. Unsere Rolle, die Rolle der Kommunisten – und wir meinen, daß gerade so die Partei ihre führende Rolle sichern kann – besteht darin, nicht nur auf dem Wege der entschlossensten Aktionen voranzuschreiten, sondern auch anzustreben, daß die Demokratische Gewerkschaft in politischer Hinsicht weniger aktive Studenten in ihre Reihen aufnimmt und mobilisiert, um dem Kampf einen wirklichen Massencharakter zu verleihen.
Gleichzeitig vermochten wir zu erreichen, daß die Studentenbewegung Verbindung zu anderen Bewegungen herstellte, zur Entwicklung von Aktionen des Lehrkörpers und anderer Vertreter der Intelligenz beitrug, Einfluß auf die Eltern der Studenten, auf religiöse Kreise ausübte usw.

Die Demokratische Gewerkschaft der Studenten arbeitete ein Kampfprogramm für eine demokratische Universitätsreform aus. Dabei versuchte sie, apolitischen Professionalismus wie auch verbalen „Links"radikalismus zu vermeiden. Die Studenten leisten eine bestimmte Arbeit, indem sie gemeinsame Kommissionen mit dem fortschrittlich gesinnten Lehrkörper schaffen. Im Programm der Studenten wird ganz unzweideutig gesagt, daß eine demokratische Universität nur über eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen ist.
Mir bleibt keine Zeit für eine ausführliche Beleuchtung des Universitätsprogramms der Demokratischen Gewerkschaft der Studenten. Doch mir scheint, aus dem Gesagten wird klar genug, daß dieses Programm breite Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf mit den Arbeiterkommissionen und mit der ganzen demokratischen Bewegung erschließt.

Soeben erschienen in der Reihe:
Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft
(Verlag Pahl-Rugenstein · Köln · Barbarossaplatz 2)

der von **Wilhelm Raimund Beyer**
anläßlich der Marx Gedenkfeiern
der Deutschen Akademie der Wissenschaft
(Institut für Philosophie) in Berlin gehaltene Vortrag

Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung

(Marxologie · Marxismus-Kritik · Revisionismus
Putativ-Marxismus und Marxianertum
in kritischer Sicht) Preis des Bandes 7,50 DM

Strategie und Rüstung in der Bundeswehr

Im Gegensatz zu allen vorhergehenden Systemen und der Frühphase seines eigenen Systems kann der staatsmonopolistische Kapitalismus seine Kriege nicht mehr unmittelbar führen. Seine Rüstung und seine strategischen Konzeptionen zielen auf den allgemeinen, den totalen Krieg. Die Entwicklung der Waffentechnik auf der einen Ebene und besonders die Entwicklung des internationalen Klassengegensatzes – die Konfrontation mit den sozialistischen Staaten – auf der anderen Ebene verhindern aber die direkte militärische Konfrontation eines totalen nuklearen Krieges um den Preis des eigenen gewaltsamen Untergangs. Der staatsmonopolistische Kapitalismus muß also versuchen eine Optimierung von Strategie und Rüstung zu finden. Das bedeutet den Versuch, die imperialistischen Ziele ohne die Drohung eines unbegrenzten Nuklearkrieges zu erreichen in der Verbindung mit einer Rüstung, die das bedrohlicher werdende Schwanken des politökonomischen Systems in Grenzen halten kann. Das Verhältnis der herrschenden strategischen Vorstellungen zu den Interessen an einer umfassenden Aufrüstung wird zum Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen Strategievorstellungen, die ihrem Ergebnis nach dann weder Produkt einer militärischen „Sachkompetenz" noch Produkt politischer Erwägungen der Regierung sind, sondern sie sind das Resultat institutioneller und informeller Kooperation der Ministerialbürokratie, der militärischen Führung – als formale Entscheidungsträger – mit den entsprechenden Ausschüssen der Monopole. Der Verlauf des Entscheidungsprozesses schaltet alle diejenigen Gruppen und Vorstellungen aus, die diesem Verlauf des Entscheidungsprozesses entgegenstehen – und das können auch Gruppen in der Ministerialbürokratie wie im Militär sein. Der Staat ist auch hier mit all seinen Institutionen „geschäftsführender Ausschuß der Monopolbourgeoisie".[1])

Die Entwicklung des Militärs in Westdeutschland weist starke Brechungen auf, die sich zurückführen lassen auf den Interessengegensatz anderer imperialistischer Nationen (bes. England und Frankreich) gegenüber den Interessen der Bundesrepublik, auf die antimilitaristische Position breiter Bevölkerungsschichten nach 1945 und schließlich auf den Widerspruch zwischen der von den USA intendierten Strategie der Bundeswehr und den Rüstungsvorstellungen der westdeutschen Konzerne.
Als spezifisches Problem der Umsetzung der Strategievorstellungen der Monopole muß der Widerspruch zwischen dem Bezugssystem der Bundeswehr, das der offiziellen Propaganda nach international ist (NATO), und dem nationalen Bezugssystem der Monopole gelten. (Dem widerspricht nicht EWG u. ä.: „Die internationalen staatsmonopolistischen Organisationen ... stellen in Wirklichkeit neue Formen der Aufteilung des Weltmarkts dar und werden zu Herden schwerer Reibungen und Konflikte."[2]) EWG ist also kein auf Kooperation angelegtes System wie die NATO, sondern regelt nur die Konkurrenz.) In den Augen der Monopole stellt sich die Ausgangsposition der Bundeswehr wie in einer offiziellen Darstellung des DIHT dar: „Die Aufnahme der Bundesrepublik in den Schutzverband der NATO (schloß ...) ein autonomes Denken der Bundesrepublik im strategischen Bereich (... aus) ... die Bundesrepublik (konnte) weder von ihrem militärischen noch von ihrem wirtschaftlichen Potential her die strategische Konzeption der Hegemonialmacht der USA, noch der NATO wesentlich beeinflussen."[3]) Das bedeutet, daß die Bundeswehr zunächst die Absicht ihrer Geburtshelfer voll in die Planung der

[1]) Programm der KPdSU, beschlossen auf dem XXII. Parteitag am 31. 10. 1961, Moskau 1962, S. 32

[2]) ebenda S. 38

[3]) Klaus Seemann, „Landesverteidigung und Wirtschaft", in: Wissenschaft – Wirtschaft – Verteidigung, Hrsg. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises des DIHT für verteidigungswirtschaftliche Fragen, des Arbeitskreises für Wehrforschung und Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, S. 36

westdeutschen Aufrüstung umsetzte: „Angesichts der innenpolitisch bedingten Schwierigkeiten, die militärischen Beiträge der Partnerstaaten über den einmal erreichten Stand hinaus zu erhöhen, ließe sich die Zielsetzung der Allianz der militärischen Übermacht der Sowjetunion auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung durch die Bildung starker Landstreitkräfte zu begegnen, nur verwirklichen, wenn es gelänge, die militärischen Ressourcen Westdeutschlands in das gemeinsame militärische Potential einzubringen. Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands verdankt sich ... dem Bestreben, die chronische Lücke in der ökonomischen Kräftebilanz des Bündnisses zu schließen."[4]) Den Schlag, der dem französischen und amerikanischen Imperialismus in Dien Bien Phu versetzt wurde, führte man in den amerikanischen Stabsdiskussionen auf die konkrete Schwäche an konventionellen Kräften zurück, der man auf zwei Wegen auszuweichen suchte: Man verstärkte die Feuerkraft der amerikanischen Divisionen durch taktische Atomwaffen im unteren Kilotonnenbereich (z. B. die Crocket verschießt Atomgranaten im ein bis zwei Kilotonnenbereich) in Verbindung mit der Erhöhung der amerikanischen Heeresstärke und durch die Entlastung der Kapazitätsspannungen der konventionellen Militärgliederungen in Europa durch das Konzept eines westdeutschen Halbmillionenheeres. Der amerikanische Imperialismus wollte die Hände für seine pazifischen „Interessen" freibekommen, ohne dabei seine europäischen aufzugeben, und versuchte so eine neue Quadratur des Kreises: einerseits den gerade zerschlagenen faschistischen Militarismus wieder zum Leben zu erwecken, andrerseits ihm den Weg zu einer selbständigen Aggressionspolitik zu verlegen. Der Entwurf der Inneren Führungs-Ideologie sollte diese Möglichkeit bieten. Der Bundeswehrsoldat als „Garant des Friedens" stellte im eigentlichen nicht den Ansatzpunkt für die Innere Führung dar. Dieses Projekt sollte das Mißtrauen der westlichen Bündnispartner gegenüber eventuellen neuen westdeutschen Expansionsabsichten und das Mißtrauen des deutschen Volkes gegenüber einem neuen de aber – besonders im Rahmen der Militarismus einschläfern. Sehr bald wurwestdeutschen Restauration – deutlich, daß der Bundeswehroffizier in einem für ihn unlösbaren Konflikt gefangen war. Einerseits sollte die Bundeswehr ein Instrument der „konventionellen Abschreckung" sein, andrerseits wurde mit dem Aufbau westdeutschen Militärs die Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1937 wieder planbar: in offiziellen Reden wurde der aggressive Charakter der Bundeswehr jedem Soldaten und Offizier zur Selbstverständlichkeit. Das Interesse der westdeutschen Rüstungskonzerne, deren Propaganda und ihre konkrete Planung setzte auch gerade an diesem Punkt an. Sie fanden die Lösung, die Befreiung von der amerikanischen atomaren „Hegemonie": „Das Bestreben der Bundesrepublik (wird) darauf gerichtet sein müssen, die USA (bei einem Koalitionskrieg – d. Verf.) soweit als möglich zu entlasten."[5]) Das bedeutete, daß die Umrüstung der Bundeswehr nach der Ersetzung Blanks durch Strauß auf Atomwaffenträger (Starfighter als Kern eines minimierten „strategic-air-command"-Systems, Pershing und Sergeant als Trägersysteme taktischer Atomsprengköpfe) erfolgen mußte – einer Umrüstung, die die Alleinverfügung der USA über nukleare Waffensysteme aufheben mußte. Die NATO und deren Organe können eine solche Entwicklung nicht beeinflussen, denn „die NATO-Entscheidung ist keine Kollektiventscheidung, sondern nur eine Addition einzelstaatlicher Stellungnahmen."[6]) Die Beschränkungen, die durch die Zusätze zu dem Brüsseler Abkommen der Waffenentwicklung in Westdeutschland auferlegt wurden, waren mit dem Beginn der Umrüstung der Bundeswehr faktisch nicht mehr existent. In seinem Jahresbericht 1964 formulierte schließlich der BDI die Rüstungskonzeption – und damit die entsprechenden strategischen Vorstellungen –, die die Entwicklung der Bundeswehr bestimmt: „Die Verteidigung wird immer weniger durch die Zahl konventioneller Streitkräfte als durch technische und wirtschaftliche Leistungen bestimmt. Gerade wenn im Wege der Entspannung die Rüstungsanstrengungen normaler werden sollten, wird diese Form des Wettlaufs sich verschärfen und die für unsere Generation entscheidende Aus-

[4]) Gerhard Brandt, „Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik", in: Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Witten und Berlin 1966, S. 18

[5]) Klaus Seemann, a.a.O., S. 40
[6]) A. Menzel, „Nationale und internationale Strukturformen der NATO", S. 603

einandersetzung werden."[7]) In welcher Richtung weitergerüstet werden soll, wird an anderer Stelle noch einmal formuliert: „Keine europäische Nation (kann) gleichzeitig neue konventionelle Divisionen aufstellen und eine Atommacht aufbauen ..., ohne die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu überschreiten."[8]) Der Widerspruch zu den USA wurde damit deutlich ausformuliert. Diese Art der Rüstung machte die Kennedy'sche Strategie der „flexible response" unmöglich. Flexible Abschreckung ist aufgebaut auf der Möglichkeit der lokalen Begrenzung eines heißen Konflikts; diese Strategie erfordert im europäischen Bereich die immer wieder zitierte „Arbeitsteilung" in der NATO in dem Sinne einer starken konventionell ausgerüsteten Bundeswehr und in ihrer Wirkung abgestuften nuklearen Waffensystemen, die von einer Macht kontrolliert werden können. Die Bundeswehr dagegen rüstete selbst auf nukleare Trägerwaffen um, was weiter in der amerikanischen Terminologie das Konzept der „massive retaliation" (massiven Vergeltung) voraussetzt. Die Bundeswehr wurde „überrüstet" als Folge dieser Auseinandersetzung. Selbst liberalen Kritikern sticht die Rolle der westdeutschen Monopole ins Auge, allerdings von der Konzeption einer größtmöglichen Zweck-Mittelrationalität her: Daß die Bundesrepublik einer „doppelten Rüstungspolitik zu verfallen droht, erklärt sich ... dadurch, daß die politische Führung der Streitkräfte sich bei der Abfassung ihres militärischen Konzepts von Rücksichten auf das Interesse der Wirtschaft hat bestimmen lassen. Verleitet von vermeintlichen Vorteilen qualitativer Rüstung, hat sich das Verteidigungsressort darauf eingelassen, ein tendenziell atomares Potential auszubilden, ohne auf die Dauer der Verpflichtung zum Ausbau der konventionellen Streitkräfte und damit einer quantitativen Rüstung sich entziehen zu können."[9]) Dieser von den Interessen der westdeutschen Monopole ausgelöste Konflikt trug auch wesentlich dazu bei, die demokratischen Elemente in der Inneren Führung zu zersetzen. Die Innere Führung wird uminterpretiert – und damit erst auf ihren Begriff für das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus gebracht – in das alte reaktionäre System der hierarchischen Autoritätsverteilung entgegen aller „technischen Rationalität", die den modernen Waffensystemen innewohnt und also auch zur technischen Kooperation herausfordert. Im Sinne des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellt die Restauration solcher Machtstrukturen im Militär aber eine objektive Notwendigkeit dar. Der Bruch zwischen einem auf technische Kooperation angelegten Militär und einer militarisierten Gesellschaft – militarisiert im Sinne einer totalen Erfassung des zivilen Lebens durch „Territorialverteidigung", Luftschutz und Notstandsgesetze – würde die Einsetzbarkeit eines solchen Militärs unmöglich machen. Der vorgeschlagene Weg eines Berufsheers – Erzeugung von Landsknechtsmentalitäten durch die Zerstörung der sozialen Bindungen und die Herstellung affektiver Kohäsion an die „primary group" – ist durch den Zwang zu einer relativ starken Armee verbaut. Das Konzept einer „formierten Gesellschaft" durchdringt das Militär und optimiert immer mehr den Herrschaftsmechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Realitäten eines modernen Krieges werden verfälscht, so wie in der zitierten Schrift des DIHT. Es wird ein Kriegsbild behauptet, das während des Atomkrieges die Versorgung der Truppe und der Zivilbevölkerung mit den notwendigen Gütern ermöglicht; es wird behauptet, daß die westdeutsche Rüstungsindustrie „mit Hilfe staatlicher Zuschüsse ein hohes Maß an Sicherheit gegen Feindeinwirkung" gewinnen kann „durch Verbunkerung der gesamten Tiefenrüstungsindustrie".[10]) Wohin der Marsch geht, wird dann noch deutlicher formuliert durch die zynische Feststellung, daß in einem Konfliktfall Ressourcen an Arbeitskräften nicht existieren, Neuinvestitionen nicht vorgenommen werden können; durch ungeheure Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter muß „in jeder Weise eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität angestrebt werden".[11]) Atomare Rüstung und die Formierung der Gesellschaft fordern im Sinne der Monopole für das ökonomische System die Perspektive einer beschränkten Autarkie: „... im Hinblick auf die Bundesrepublik (sollte man) von einer

[7]) Jahresbericht des BDI 1964, S. 171
[8]) Jahresbericht des BDI 1962/63, S. 156
[9]) Gerhard Brandt, a.a.O., S. 160

[10]) Klaus Seemann, a.a.O., S. 46
[11]) Klaus Seemann, a.a.O., S. 45

beschränkt offenen oder teilweise geschlossenen Verteidigungswirtschaft sprechen . . .".[12])

Die Widersprüche zwischen den verschiedenen Systemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus erweisen sich in dem Widerspruch zwischen den Vorstellungen der USA über die Strategie und den Aufbau der Bundeswehr und den Vorstellungen der westdeutschen Monopole. Das bedeutet natürlich nicht, daß amerikanische Atomkonzerne den westdeutschen Atomkonzernen und ihrer Regierung die Kooperation abschlagen. Die Zusammenarbeit reaktionärer Kräfte der USA mit dem westdeutschen Imperialismus beweist sich in Südafrika – dem Land, in dem mit der Unterstützung amerikanischer Industrie und Politiker, die Dulles nahestanden, das westdeutsche Atomwaffenpotential seinen Ursprung hat, in dem Westdeutschland seine Mittelstreckenraketen entwickelt und in dem – treu nach Heusingers Konzept eines „Afrika als Unterleib Europas" – die Politik des Afrika als Glacis ein Aggressionsbündnis zwischen Westdeutschland, Spanien, Portugal, Griechenland und Südafrika garantiert.

Der Konflikt in der Bundeswehr kann nutzbar gemacht werden durch die Eröffnung einer breiten Diskussion über die Bundeswehr mit der Unterstützung – ganz im Sinne einer antimonopolistischen Front – von Bundeswehroffizieren, die sich nicht über ihr eigenes System im klaren sind und solchen, die in der Sozialdemokratie dem Schmidtkurs feindlich gegenüberstehen. Massive Agitation proletarischer Wehrpflichtiger kann durch die Aktivierung ihrer sozialen Bindungen den Konflikt in der Bundeswehr verschärfen. Eine Bundeswehrkampagne kann aber niemals isoliert werden, sie muß im Zusammenhang mit der Organisation weiterer antimonopolistischer Aktionen stehen.

René Herrmann

[12]) Klaus Seemann, a.a.O., S. 43

Bericht zur Entwicklung der Westberliner Basisgruppen

Die Westberliner Basisgruppen entstanden in rascher Folge nach dem Vietnamkongreß und der damit verbundenen großen Demonstration am 18. Februar 1968, die durch die Anrufung des Verwaltungsgerichts gegen den harten Widerstand des Senats durchgesetzt worden war. Die hauptsächlichen Folgen dieser Demonstration waren der Solidarisierungseffekt und die breitere Basis durch die Teilnahme aller linken Gruppen einschließlich linker SPD-Mitglieder und der Kommunisten. Inspiriert von SDS-Mitgliedern, dabei vielfach ohne deren tatsächliche Beteiligung, fanden sich in allen Bezirken junge Arbeiter, Studenten, Schüler und Lehrlinge in loser Form und ohne Programm zusammen, um „an die Arbeit zu gehen".

Ideologischer Hintergrund war die Losung von der „Selbstorganisation", deren Inhalte teils aus einer schwärmerisch-unvermittelten Guerilla-Konzeption („das kämpfende Volk organisiert sich"), teils aus Reminiszenzen an funktionierende Kampforganisation an der „Basis", d. h. im Betrieb („Selbstorganisation am Arbeitsplatz") zusammenflossen, wobei letztere auch Einflüsse der originär gewerkschaftsfeindlichen shop-steward-Bewegung enthielt.

So traten die Basisgruppen mit antiautoritären, d. h. organisationsfeindlichen und vielfach kleinbürgerlich-anarchistischen Vorstellungen – analog der Bewußtseinslage des überwiegenden Teils des Westberliner SDS – an, und es war von vornherein daran zu zweifeln, ob sie eine effektive Zielrichtung des Kampfes würden finden können. Dem Westberliner SDS mit seiner klassenlos-antiautoritären, sozusagen „akademischen" Einstimmung war es bislang nicht gelungen, Zugang zur Betriebsarbeit zu finden. Lediglich linke SPD- und Gewerkschaftskräfte und die Kommunisten verfügten und verfügen innerhalb der sonst überwiegend apolitischen Betriebsarbeiterschaft über funktionierende Gruppen. Gerade mit diesen Gruppen wollte man im SDS trotz anfänglicher Angebote von deren Seite nicht zusammenarbeiten; so schienen sich die Basisgruppen als Ausweg anzubieten. Ohne deren direkte Beteiligung entstand im SDS für sie von oben her eine Konzeption.

Während die Basisgruppen unvermittelt verschiedene Aktivitäten entwickelten – so Mieteragitation betrieben, gegen den Vietnam-Krieg Stellung nahmen, der Bevölkerung die Anliegen der Studenten zu erklären suchten, sich für die Anerkennung der DDR einsetzten u. a. m. – entstand im SDS eine Neuauflage der Lehre vom „Transmissionsriemen". Über die Basisgruppen hoffte man den verschlossenen Zugang zu „den Arbeitern" zu finden, wenn möglich im Betrieb (durch Arbeiter-Mitglieder der Basisgruppen), notfalls auch über die Agitation im Wohngebiet. Ungeachtet der Versuche des SDS, eine „Konzeption" zu entwickeln, steigerten sich die aktivistischen Aktionen der Basisgruppen bis hin zur massenhaft betriebenen Agitation für den 1. Mai. Die linke Gegen-Maidemonstration in Neukölln wurde – wieder unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunisten, linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftler – zum Massenerfolg. Doch war sie zugleich ein Wendepunkt. Wenig später – auf der Juni-Klausurtagung des Westberliner SDS – mußte festgestellt werden, daß die meisten Basisgruppen in eine „personelle und strategische Krise" geraten seien. Die Mitarbeit bröckelte ab, besonders Arbeiter kamen nicht neu hinzu – der „Transmissionsriemen" funktionierte nicht. Die lange Zeit stärkste Basisgruppe Kreuzberg versandete in fruchtloser Mieteragitation und zerbrach schließlich; andere Basisgruppen schliefen ein. Die gegenwärtig noch existierenden Reste lassen einen fortgeschrittenen Polarisierungsprozeß erkennen: In einigen sind die Antiautoritären unter sich, ohne Betriebsverbindung, Theorie betreibend ohne konkrete Vermittlung zur Praxis nach Art eines Arbeiterbildungsvereins; in anderen haben sich im Praktizismus die organisatorischen Strukturen verfestigt und sie tasten sich jetzt erst – bei fortdauerndem Aktivismus auf Sparflamme – an die marxistische Theorie heran. In solchen Gruppen gewinnen jedoch die „Traditionalisten" entgegen den SDS-Intentionen immer stärker an Einfluß.

Hier wird begonnen, eine andere Konzeption der Basisgruppen als Zellen eines antimonopolistischen breiten Bündnisses zu entwickeln, innerhalb dessen die sozialistischen Kräfte natürlich nicht auf eine politische Strategie verzichten, wie dies einige Basisgruppen im Interesse eines „Herankommens an die Bevölkerung" getan hatten. In letzteren war man auf unpolitische Vertretung der „Sorgen des kleinen Mannes" ausgewichen, den die hohe Miete angeblich gleichermaßen drückt wie die Visagebühren der DDR, deren Einführung vom überwiegenden Teil des Westberliner SDS ohne jede Erinnerung an Erfordernisse des Klassenkampfes als „bürokratische Maßnahme" verurteilt wurde. Die „traditionalistisch" beeinflußten Basisgruppen beginnen sich hingegen klassenmäßig zu orientieren, ohne eine strenge Grenze zwischen sich und den zu ihnen stoßenden Jugendlichen mit überwiegend kleinbürgerlichem Bewußtsein zu ziehen. Sie bemühen sich auch, die Verbindungen zu sozialdemokratischen Betriebsräten und linken Kräften der Kirchen offenzuhalten. Hier ist noch ein weites Feld.

H. Heinemann

FAZIT-Reihe 2 noch zu bestellen

Erich Eisner: Gegen die Bürger im Marxpelz – Die autoritären „Linken" in der Arbeiterbewegung

Der Anti-Notstandskampf in München

Die politische Situation an der Universität München zeichnete sich bislang durch drei Eigenarten aus:
1. Die progressive Linke unter der Studentenschaft wurde sich ihrer absoluten Minderheitsrolle niemals so recht bewußt, weil eine ernstzunehmende rechte Gegnerschaft weder in der politischen Diskussion, noch in der praktischen Aktion auf den Plan getreten ist.
2. Aus dieser falschen Einschätzung ergab sich dann auch nicht die Notwendigkeit, das Schwergewicht in der politischen Auseinandersetzung auf den Kampf ums Bewußtsein und auf die Verbreiterung des revolutionären Potentials zu setzen.[1])
3. Hinzu kam, daß die Universitätsadministration (und um die ging es zunächst) es äußerst geschickt verstand, offene Konflikte mit der Studentenschaft zu vermeiden und sich so ein überparteiliches und relativ liberales Image zu verschaffen.
Auf diesem Hintergrund mußten die von einer kleinen Gruppe im SDS getragenen zahlreichen Provokationen im Wintersemester 1967/68 einer breiteren Studentenschaft unverständlich erscheinen, zumal der SDS nicht in der Lage war, diese Aktionen in eine allgemeine Strategie einzubeziehen und theoretisch zu vermitteln. Die Kritik der „Traditionalisten" daran blieb zu pauschal, als daß sie hätte akzeptiert werden können; außerdem wurde von ihnen selbst keine alternative Konzeption formuliert.[2]) Das faktische Auseinanderfallen der Gruppe München in einen lediglich antiautoritären SDS und in eine „traditionalistische" Fraktion (Marxistische Aktionsgemeinschaft im SDS) signalisierte bereits vor mehr als einem halben Jahr die sowohl theoretische als auch organisatorische Unfähigkeit des dem Anspruch nach fortgeschrittensten Teils der Studentenschaft, Avantgarde in irgend einer praktischen Beziehung zu sein.
So glitten dem SDS denn auch die Anti-Springer-Aktionen zu Ostern gründlich aus der Hand (Was nützt die ganze Spontaneität, wenn nicht wenigstens . . .). Das ging so weit, daß sich nachträglich manche Genossen leichtfertig, weil unvorbereitet in „Gewaltdiskussionen" einließen und opportunistisch zwischen „Gewalt gegen Sachen" und „Gewalt gegen Personen" unterschieden, was in der Tat nur die allgemeine Theorielosigkeit unter den Mitgliedern widerspiegelt.
Anstatt nun die Osterereignisse kritisch unter die Lupe zu nehmen und aus den Fehlern des SDS Schlußfolgerungen für die Möglichkeiten einer zukünftigen politischen Praxis zu ziehen, weideten sich die Genossen ganz privat an der Flut von Anzeigen und Strafanträgen, welche die Anti-Springer-Aktionen selbstverständlich ins Rollen brachte. Eine kollektive Diskussion fand nicht statt.
Dem fortgeschrittenen Teil der Studentenschaft indessen blieb die Differenz zwischen Anspruch des SDS und Wirklichkeit nicht länger verborgen. Die Fachschaften Germanistik und vor allem Soziologie begannen deshalb schon während der 2. Lesung, die Vorbereitungen für die entscheidende Phase des Kampfes gegen die Notstandsgesetze selbst in die Hand zu nehmen. So konnte bis zur 3. Lesung an der Universität ein Minimum an Organisierung und Koordination erreicht werden: Die Soziologen stellten in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftlichen Arbeitskreis der Studenten (GaSt) Kontakte her zu den wichtigsten Münchner Industriebetrieben; die Sinologische Fachschaft produzierte pausenlos Informations- und Agiationsmaterial für die Universität, während die Germanisten ein Zentrum für die „Bevölkerungsarbeit" errichteten. Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, daß zahlreiche andere Fachschaften während der Streiktage den technischen Apparat ihrer Institute besetzt und in Betrieb hielten.
Trotzdem konnte die Tag für Tag steigende Anzahl sich engagierender Studenten nicht mehr sinnvoll „eingesetzt" werden. Die massenhafte Spontaneität überflutete die Universität, brachte dabei die improvisierten Koordinationszentren in arge Bedrängnis und entwickelte im Laufe der Aktionen ein unermeßliches Bedürfnis nach Betätigung irgendwelcher Art. Daß diese Energien letzten Endes nicht in eine politische Praxis umgesetzt wurden, lag daran, daß
1. der größte Teil der Studenten gar nicht oder nur in ungenügendem Maß darauf vorbereitet war, und zwar sowohl theoretisch als auch praktisch, und daß
2. keine politische Gruppe existierte, die sich an die Spitze der Bewegung hätte setzen können.
Interessant war in diesem Zusammenhang auch die Nuance, welche die Anti-Notstandskampagne erhielt durch die „Auftaktveranstaltung", eine Protestdemonstration vor das Gewerkschaftshaus. Ohne ein Urteil darüber fällen zu wollen, inwieweit die Kritik an den Gewerkschaften berechtigt und sogar notwendig war, muß angemerkt werden, daß über dieses Problem das eigentliche Anliegen der Kampagne bei vielen erst emotional engagierten Studenten eine untergeordnete Rolle zugewiesen bekam. Das Aufstellen falscher, von enttäuschten Illusionen herrührender Alternativen gefährdete von Anfang an auch die Ansätze zu einer Aktionseinheit zwischen Arbeitern und Studenten.
Hier zunächst einmal eine kurze Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse in München während der Woche der 3. Lesung:

27. 5. – Demonstration zum Gewerkschaftshaus (3000 Studenten)
28. 5. – Kundgebung von Arbeitern und Studenten (20 000 Teilnehmer)
– Veranstaltung im Hacker-Keller zur Kontaktaufnahme zwischen Arbeitern und Studenten (1000 Teilnehmer)
– Diskussion zwischen Schauspielern, Publikum und Studenten in den Münchner „Kammerspielen"
– Friedliche Besetzung des Nationaltheaters und des Residenztheaters nach den Vorstellungen (1000 Studenten)
29. 5. – Spontaner Demonstrationszug von der Uni in die Innenstadt
– Sturm auf den Hauptbahnhof (5000 Teilnehmer)
– Belagerung des Rundfunkgebäudes (5000 Teilnehmer)
30. 5. – Veranstaltung unter dem Titel "Was tun?" im Hacker-Keller. Bildung von Basisgruppen (600 Teilnehmer)
– Spontaner Demonstrationszug von der Uni in die Innenstadt Richtung Hacker-Keller. Nach stundenlangem Herumziehen beschließt man, nach Hause zu gehen (2000 Teilnehmer)

(In dieser Darstellung sind natürlich nicht berücksichtigt die zahllosen und permanenten Teach-ins im Universitätsbereich.)
So schnell diese Massenbewegung unter den Studenten gekommen war, so schnell verschwand sie auch wieder. Die Frage, was nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze zu tun sei, mit welcher Strategie der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Studenten weitergeführt werden sollte, schien niemanden mehr zu interessieren. Die Studenten gingen an ihren Studienplatz zurück, als wäre nichts geschehen. Der SDS brachte nur noch 30 Mitglieder auf die Beine, um über sein Selbstverständnis zu beraten. Vorbehaltlich einer eingehenderen Analyse des absoluten Rückfalls der Studentenbewegung, lassen sich dafür doch schon einige Gründen nennen:
1. Die objektive Machtlosigkeit des bewußtesten Teils der Studentenschaft einer spontanen Bewegung gegenüber, die jede Ansätze einer Organisierung überrollte. So ergab sich eine „Eigenbewegung" der Massen ohne Ziel und Strategie.
2. Die Unfähigkeit des SDS, bzw. einzelner Genossen, diese notwendige Strategie zu erarbeiten und der Studentenschaft zu vermitteln.
3. Das Erwecken von Illusionen hinsichtlich der Möglichkeit, die Verabschiedung der Notstandsgesetze verhindern zu können.
4. Das Versäumnis, in den einzelnen Fachschaften an Hand der Notstandsgesetze über den Klassencharakter der Universität als Institution, und des Wissenschaftsbegriffes zu diskutieren, um so die Aufhebung der Trennung von wissenschaftlicher und politischer Praxis anzudeuten und exemplarisch zu leisten.[3])
5. Die fehlende Praxis in der solidarischen Aktion zwischen Arbeitern und Studenten führte zu Schwierigkeiten und

[1]) Spätestens seit den letzten Wahlen zum Studentenparlament im Wintersemester 1967/68 mußte diese Einschätzung korrigiert werden. Die rechtsgerichtete Münchner Studenten-Union (MSU) erreichte ohne Mühe die absolute Mehrheit. Die Linke erhielt von 51 Sitzen ganze 12 Mandate. Dieser Schock, den die hohe Wahlniederlage auslöste, reichte indessen nicht aus, um eine Änderung der Kampfformen zu bewirken. Man kam über gelegentliche positive Ansätze nicht hinaus (dazu gehört auch die Gründung der Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität – ADU –, die aber trotzdem noch im selben Semester zerfiel).
[2]) Der Gerechtigkeit halber sei aber erwähnt, daß die Möglichkeit dazu schon gar nicht mehr gegeben war. Es gab keine Mitgliederversammlung, wo nicht einzelne „Traditionalisten" durch rhythmisches Klatschen, Singen usw. am Sprechen gehindert wurden.

Enttäuschungen bei den Studenten und zu Mißtrauen bei den Arbeitern, was die Zukunft der Basis- und Betriebsgruppen negativ beeinflussen kann.
Die Frage nach der Haltung des SDS während des Streiks muß weitergegeben werden an die einzelnen SDS-Genossen. Im großen und ganzen gab es drei verschiedene Wirkungsbereiche, von denen die aktiven Genossen absorbiert wurden:
– die Betriebsarbeit, die fast vollständig von den Soziologen in engster Zusammenarbeit mit den „Traditionalisten" durchgeführt wurde. Innerhalb einer Woche wurden mehr als 200 000 Flugblätter vor und in Betrieben verteilt. **Erfolg:** Reaktivierung einiger alter Kader; Konstituierung der Betriebs- und Basisgruppen; eintägiger Streik der Belegschaft der Firma Rockwell aus Solidarität zu ihrem kommunistischen Betriebsrat Koller, der im Zusammenhang mit den Anti-Notstandskampagnen fristlos entlassen worden war. Koller mußte wieder eingestellt werden.
– die Fachschaftsarbeit bestand hauptsächlich darin, Vorlesungen und Seminare umzufunktionieren und unter der Bevölkerung Aufklärungsaktionen durchzuführen. Hierbei beteiligten sich maßgeblich einige „versprengte" „Traditionalisten". **Erfolg:** „Besetzung" der technischen Apparate der Institute; Ansätze einer „Selbsttätigkeit" der engagierten Studenten.
– die ständige Belagerung des Lichthofes der Universität. Hier klapperten pausenlos die Schreibmaschinen, liefen die Abzugsmaschinen heiß. Nachtlager für zimmersuchende Kommilitonen. **Erfolg:** Die Demonstration, daß die Universität auch noch zu etwas anderem zu gebrauchen ist, als zur Produktion von Fachidioten. Außerdem die Einsicht, auch den Romantikern unter den Revolutionären etwas bieten zu müssen.
Die antiautoritären Genossen hatten anfänglich den Streik der Kunstakademie mitgetragen, als dessen Höhepunkt die Organisierung der Demonstration gegen die Gewerkschaften zu gelten hat. Danach waren sie überall und doch nirgends. Das heißt, sie versuchten, an der Universität, in den Fachschaften und in der Betriebsarbeit Fuß zu fassen und die „Führung" zu übernehmen. Nachdem dies aus objektiven wie subjektiven Gründen nicht gelingen konnte, gingen sie mehr oder weniger in der Bewegung auf und betätigten sich lediglich noch vor den Mikrophonen verschiedener Teachins. Der SDS hatte aufgeführt, ein politischer Faktor zu sein.

Diese Tatsache wurde indessen nicht etwa einer kritischen Analyse unterzogen, sondern nachträglich rationalisiert und mit einer neuen Theorie gerechtfertigt, der Anspruch, der vom SDS übiggeblieben war, selbst noch über Bord geworfen. Die Gefahr einer opportunistischen Anpassung an den Bewußtseinsstand einer liberal-demokratischen Studentenschaft wird nicht gesehen, weil auch der Unterschied zwischen ihr und einem sozialistischen Studentenverband negiert wird.

Damit nicht genug, werden auf der Delegiertenkonferenz des SDS die „Traditionalisten" für schuldig befunden, die Aktionseinheit permanent sabotiert zu haben. Doch selbst – so wurde eingeschränkt, nachdem diese Sabotage in **keinem einzigen Fall** nachgewiesen werden konnte – doch selbst wenn dies nicht so wäre, genügte es ja schon, daß sie (die Antiautoritären) sich jahrelang mit ihnen in Diskussionen herumschlagen mußten und so nie zu der Formulierung einer eigenen revolutionären Strategie kamen. – Nach dem Ausschluß der fünf „traditionalistischen" Genossen konnte die Diskussion endlich ohne den „lästigen Hemmschuh" geführt werden. – Die DK wird im November fortgesetzt . . . Doch was nützt es in dieser Situation, wenn auf der anderen Seite die „Traditionalisten", mit Berechtigung zwar, aber ohne weitertreibende Selbstkritik, darauf insistieren, vor einem Jahr es gewesen zu sein, welche die Aktualität und Bedeutung des Anti-Notstandskampfes hervorgehoben haben? Was nützt es angesichts der Tatsache, daß auch sie ohne die nötige Vorbereitung in die Aktivitäten sich gestürzt haben, daß auch sie von einer spontanen Massenbewegung überrollt wurden, mit der sie gewiß noch weniger gerechnet hatten als die antiautoritären Genossen?
Von einer kritischen Aufarbeitung der Theorie und Praxis des SDS im letzten halben Jahr wird es mit abhängen, ob die Krise in der Studentenbewegung überwunden wird.

Peter Strutynski

[*]) Dieser konkrete Bezug ist meines Wissens nur bei den Soziologen hergestellt worden. Nachdem dies vom antiautoritären SDS geleugnet wird (und natürlich nicht nur deshalb), wäre es wünschenswert, wenn die „Traditionalisten", die für die Revolte bei den Soziologen verantwortlich zeichnen, einmal ausführlich über ihre Fachschaftsexperimente (z. B. 50 Prozent Mitbestimmung) berichten.

Über das Verhältnis der DKP-Uni-Ausschüsse zum SDS

Nachfolgendem Artikel liegt ein Beitrag von Fred Schmid (Mitglied des Bundesausschusses zur Neu-Konstituierung einer Kommunistischen Partei) auf der 1. Bundeskonferenz der DKP zugrunde. Obwohl auf der letzten oDK des SDS aus dem Verband ausgeschlossen, setzte er sich für die Aktionseinheit in und mit dem SDS ein.
(Die Red.)

Marxisten-Leninisten haben in allen Diskussionen, die im SDS um Strategie und Taktik einer revolutionären Bewegung geführt worden sind, stets auf die Rolle der Arbeiterklasse bei sozialen Umwälzungen in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten hingewiesen und dabei die Notwendigkeit einer revolutionären Partei des Proletariats als politisch-ideologisch wie organisatorisch für die Interessen der gesamten Klasse wirkende Avantgarde betont, die den Marxismus-Leninismus zur theoretischen Grundlage hat. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sich seit der Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei, die sich nach ihrer Erklärung vom 25. September 1968 als Partei der Arbeiterklasse auf marxistisch-leninistischer Grundlage versteht, Genossen für diese Partei interessieren und Mitglieder werden.
So sind im ersten Monat der Existenz der DKP in mehreren Universitätsstädten Hochschulausschüsse der DKP entstanden wie etwa in Köln, Bonn, Münster und Hamburg. Es besteht kein Zweifel, daß Genossen an anderen Universitäten und Hochschulen diesem Beispiel folgen werden. Da der Eindruck entstehen kann, es handele sich hier um die Anfänge eines neuen Studentenverbandes, muß etwas zum Selbstverständnis dieser Gruppe gesagt werden. (Siehe auch Dokumenten-Anhang: Rede des Gen. Maercks auf der DKP-Bundeskonferenz am 27. 10. 68 in Offenbach)
So wenig umrissen die Organisationsform der zum Beitritt in die neu konstituierte Kommunistische Partei bereiten Studenten und anderer Universitätsangehöriger bis zu einem Parteitag zwangsläufig bleiben muß, steht fest, daß es sich bei den Hochschulausschüssen um Gliederungen der Kommunistischen Partei und nicht um Ansätze zur Schaffung eines kommunistischen Studentenverbandes handelt, der neben oder in Konkurrenz zu anderen politischen Studentenverbänden existiert; schon gar nicht neben und in Konkurrenz zum SDS, der sich nach wie vor als Vereinigung versteht, in der divergierend sozialistische Positionen ihren Platz haben. Als anerkannt konsequentester Studentenverband war er in der Lage, der studentischen Bewegung Ziel und Richtung zu weisen und damit seinen Einfluß auf Ziele, Aktionen und Kampfformen der außerparlamentarischen Opposition geltend zu machen. Als bislang „einzige intakte legale sozialistische Organisation der Bundesrepublik" übernahm er sich an der Aufgabe, auch die Arbeiterklasse für den politischen Kampf zu mobilisieren. Aufgrund verschiedener objektiver und subjektiver Gegebenheiten mußte er an dieser Aufgabe, der nur eine Partei und nicht ein auf wichtige Prinzipien einer Klassenorganisation verzichtender Studentenverband gewachsen sein kann, scheitern. Das heißt nicht, daß sozialistische Intellektuelle generell keinen Platz in der revolutionären Arbeiterbewegung hätten. Mehrfach ist die Position sozialistischer Studenten als intellektueller Kader einer revolutionären Partei von den Marxisten-Leninisten im SDS umrissen worden; sie besteht neben der Aufgabe, klassenpolitische Alternativen zum bürgerlich-kapitalistischen System im Hochschulbereich zu entwickeln. Dies ist bislang nur teilweise gelungen, da im SDS selbst divergierende Ansichten über eben diese klassenpolitischen Alternativen herrschen.

Da eine revolutionäre Partei die Klasseninteressen des Proletariats am besten formulieren kann, schafft erst die organisatorische Verbindung von Teilen der revolutionären Studentenschaft mit dem Proletariat im Rahmen einer Partei die Voraussetzung dafür, das Klasseninteresse des Proletariats richtig zu verstehen und auf dieser Grundlage erst der gesamten studentischen Opposition einen

klassenpolitischen Inhalt vermitteln zu können. Von daher ist der Beitritt sozialistischer Studenten zu einer marxistisch-leninistischen Partei notwendig.
Daraus folgt nicht die Notwendigkeit, einen eigenen kleinen, blitzsauberen DKP-Studentenverband zu gründen. Eine kommunistische Organisation entsteht nicht zum Selbstzweck, sondern soll durch die Entwicklung eines hohen Grades an Organisiertheit der abhängigen Klassen und Schichten sowie durch feste Verankerung in ihnen die Kraft heranbilden, welche gesellschaftspolitische Veränderungen in Gang setzen kann. Insofern gibt es kein abstraktes Partei- bzw. Organisationsinteresse, sondern das klassenpolitische Interesse, jeweils die richtigen Formen und Möglichkeiten für die Ausweitung und Konsolidierung der demokratischen und antikapitalistischen Bewegung zu finden und sie in Richtung auf antikapitalistische Strukturreformen in allen Bereichen des Staates und der Wirtschaft voranzutreiben.
Die Gründung eines zweiten linken Studentenverbandes brächte die organisatorische Spaltung des SDS in zwei von Politik und Organisationsprinzipien her verschiedene Gruppen, was die für den antikapitalistischen Kampf notwendige Aktionseinheit auf lange Zeit stören würde und die Gefahr einer Befehdung zur Schadenfreude und zum Nutzen des gemeinsamen politischen Gegners nicht ausschließen könte. Diese organisatorische Spaltung würde eine Schwächung der studentischen Bewegung überhaupt bedeuten, die heute angesichts der im Interesse der Herrschenden eingeleiteten Hochschulreform „von oben" ein klares politisches Konzept und eine kampfentschlossene, einheitliche Führung benötigt. Der Kampf um das politische Konzept der Hochschulrevolte muß im SDS selbst ausgefochten werden, damit der SDS sich wieder in die Lage setzt, Motor der Bewegung um eine demokratische Hochschulreform als ein die Struktur unserer Gesellschaft veränderndes Element zu sein und seinem Führungsanspruch gerecht zu werden. Hier ist auch der Ort, ein verbindliches Maximum an Aktionseinheit zwischen den verschiedenen Gruppierungen im SDS zu erreichen.
Es fällt nicht schwer festzustellen, daß der SDS heute nicht auf der Höhe seiner Aufgaben steht. Aufgabe der Marxisten-Leninisten im SDS – und nicht nur derjenigen, die eine Beitrittserklärung für die DKP unterzeichnet haben – muß sein, eine Alternativkonzeption zu entwickeln, mit der der Verband die augenblickliche Stagnation seiner Entwicklung, die am deutlichsten auf der vertagten 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz zutage trat, überwinden kann.

-an-

Information über die Zusammensetzung der Bundeskonferenz der DKP, Offenbach/Main, den 27. 10. 68

An der Konferenz nahmen 513 Vertreter bereits konstituierter Parteiorganisationen teil. Davon waren 84 Frauen.
282 Teilnehmer, das ist mehr als die Hälfte, üben Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionen verschiedener Art aus. Darunter befinden sich: 68 betriebliche Vertrauensleute, 94 Mitglieder bzw. Vorsitzende von Betriebs- und Personalräten, 120 Mitglieder von Ortsvorständen, Kreis- und Ortsverwaltungen, Landes- und Bezirksleitungen verschiedener Gewerkschaften.
86 Teilnehmer sind jünger als 30 Jahre, 155 sind zwischen 30 und 40 Jahren und 180 Teilnehmer zwischen 40 und 50 Jahren alt. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer beträgt 40,5 Jahre.
Der weitaus größte Teil der Konferenzteilnehmer sind Arbeiter und Angestellte, nämlich 407 Teilnehmer. Auf der Konferenz sind weiterhin vertreten: 36 Teilnehmer aus Freien Berufen, 15 sind Künstler und Geistesschaffende, 18 Lehrlinge, Schüler und Studenten und 2 Bauern.
85 % der Konferenzteilnehmer, 441 Genossinnen und Genossen, sind gewerkschaftlich organisiert. 60 Teilnehmer gehören Jugend-, Studentenorganisationen und anderen Vereinigungen an.
Von den 513 Teilnehmern der Konferenz sind 111 Genossinnen und Genossen Mitglieder von Ortsausschüssen der DKP, 54 sind Vertreter von Betriebsausschüssen, 358 kommen aus den Kreisausschüssen und 159 arbeiten in Landesausschüssen mit.

DKP-Student zur Hochschulpolitik

Vorgetragen am 27. 10. 1968 auf der DKP-Bundeskonferenz von Michael Maercks, Bonn

Marx, Engels und Lenin haben nachgewiesen, daß wir uns in einer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden, daß der Sozialismus keine Utopie mehr ist, sondern, daß die revolutionäre Entwicklung der Produktivkräfte, ihre gigantische Entfaltung und ihr zunehmend gesellschaftlicher Charakter es nötig und möglich machen, die Herrschaft des Kapitals zu beseitigen und damit die Voraussetzungen für eine „Assoziation", „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist", für die kommunistische Gesellschaft, zu schaffen.
Diese wissenschaftliche Prognose wurde nicht nur durch die Oktoberrevolution, durch Aufbau, Sieg und Sicherung des Sozialismus in immer weiteren Teilen der Welt materielle Gewalt, sie wird zugleich bekräftigt durch die wissenschaftlich-technische Revolution, durch die rapide Verschmelzung von Wissenschaft und Produktion, die das Ausmaß des Vergesellschaftungsprozesses in allen gesellschaftlichen Bereichen rasch vergrößert und alle werktätigen Schichten immer enger mit der Arbeiterklasse verbindet.
Wie stellt sich die Überlebtheit des Kapitalismus an den westdeutschen Hochschulen dar, und welche Folgerungen sind daraus für die Politik unserer Kommunistischen Partei zu ziehen?
Die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung von Forschung und Ausbildung reicht von der gezielten Grundlagenforschung bis zur Lehrerausbildung, von der Atomphysik und der Altersmedizin bis zur Betriebspsychologie und Kommunikationswissenschaft. Forschung und Ausbildung werden immer teurer – sie verschlingen einen immer größeren Anteil der in der Gesellschaft produzierten Werte. Gleichzeitig sind sie als unmittelbare Produktivkraft immer mehr an der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums und seiner enormen Steigerung und überhaupt an der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung beteiligt.
Damit werden völlig neue Anforderungen an die Hochschulen gestellt:
1. Forschung und Ausbildung müssen geplant, ihr Entwicklungstempo bestimmt werden.
2. Die Hochschulen müssen in größerer Zahl spezialisiertere und stärker an der Praxis orientierte Kader ausbilden.
3. Elfenbeinturm, Gelehrtenrepublik und die sogenannte „Freiheit von Forschung und Lehre" gehören somit der Vergangenheit an. Die Universitäten hören auf, Anstalten für eine besondere Art von Freizeitgestaltung parasitärer Oberschichten zu sein.
Wir Kommunisten wissen, daß unter demokratischen Verhältnissen die neuen Anforderungen an die Hochschulen kein Unglück, sondern gerade die Bedingungen für die Beschleunigung des allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritts sind:
– für die Brechung des Bildungsprivilegs und für eine gewaltige Verbreiterung der wissenschaftlichen und kulturellen Basis,
– für die Verwirklichung des verfassungsmäßigen Rechts auf Entfaltung der eigenen Persönlichkeit nach ihren differenzierten Fähigkeiten und Bedürfnissen,
– für die Aufhebung des Gegensatzes zwischen geistiger und materieller Arbeit und damit für den Abbau aller Herrschaft und des Widerspruchs zwischen eigenen und gesellschaftlichen Interessen.
Wie aber versucht die herrschende imperialistische Klasse mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution fertigzuwerden? Welchen Weg haben die Wissenschaftsadministration und das hinter ihr stehende Finanzkapital im Verein mit reaktionären Universitätskreisen eingeschlagen?
Statt objektiv notwendiger gesellschaftlicher Prognose und demokratischer Planung regieren die Prinzipien der Kapitalisten: Kurzsichtigkeit, Profitmacherei und Angst vor Demokratie und Sozialismus.
Während für destruktive Zwecke, für Kriegsforschung und Manipulationswissenschaften, nahezu unbeschränkte Mittel zur Verfügung gestellt werden, wird die Entfaltung der übrigen Forschung

und Ausbildung im Widerspruch zu gesellschaftlichem Reichtum und gesellschaftlichen Erfordernissen verzögert, „falsch programmiert", und unmittelbar antikapitalistische Wissenschaft, der Marxismus-Leninismus, bekämpft und unterdrückt. Der chronischen Unterinvestition für Wissenschaft und Bildung, der Aneignung des Forschungsprodukts und der ausgebildeten Arbeit durch das Monopolkapital entsprechen die vielfältigen Formen des unmittelbaren Hochschulnotstands:

– Ausbildungsfabrik durch Massenvorlesungen, überfüllte Seminare, zu kleine Bibliotheken und Ausstoßvergrößerung durch Qualifikationssenkung und zwangsweise Studienzeitverkürzung bei Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs und Ausschluß der Arbeiterklasse von den Hochschulen;

– Militarisierung durch erstarrte Ausbildungswege, Zulassungsreglementierung und ein ausgeklügeltes System von Herrschaftspositionen und künstlich geschaffenen Interessengegensätzen: Kurz- und Schmalspurstudenten, Normalstudenten, Elitestudenten, studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften, Dozentenhierarchien vom völlig rechtlosen Studienrat im Hochschuldienst bis zum Groß-Ordinarius;

– Fachidiotisierung durch Ausbildung von möglichst billigen, in ihren schöpferischen Möglichkeiten behinderten, rasch verwertbaren wissenschaftlichen Arbeitskräften, deren Qualifikation innerhalb von 10 Jahren verschlissen ist und die dann – gemeinsam mit allen anderen Werktätigen – die permanenten Strukturkrisen, zu denen die Strukturveränderungen im Kapitalismus werden, bezahlen dürfen ohne juristischen und erst recht nicht wirklichen Anspruch auf kontinuierliche Fort- und Weiterbildung.

Inzwischen hat der Bildungsnotstand ein solches Ausmaß angenommen, daß er bereits das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse bedroht. Die Industrie- und Handelskammern beklagen die mangelhafte Ausbildung der Volksschüler, der Vorstandsvorsitzende von Höchst und Bildungs-Sprecher der IG-Farben, Winnacker, konstatiert das Zusammenbrechen des Mathematikunterrichts an den höheren Schulen, Franz-Josef Strauß weist auf die „Herausforderung" durch die allseitige Entwicklung von Technik, Wissenschaft und Kultur in den sozialistischen Staaten hin.

Trotzdem: Die herrschende imperialistische Klasse gibt freiwillig nicht auf. Wieder einmal versucht sie ihr Heil im Weg zum Faschismus, in nur noch wenig verschleierter und bereits vereinzelt offen terroristischer Diktatur des Finanzkapitals.

Nach Verabschiedung der Notstandsverfassung sind die hohen Gefängnisstrafen und Strafandrohungen für mehr als 2000 oppositionelle Studenten ein deutliches Zeichen, auch wenn bisher durchweg auf Bewährung und damit nur (!) auf striktes Verbot weiterer politischer Arbeit erkannt wurde.

Dieser Versuch, die demokratischen Studenten „für einige Zeit aus dem Verkehr zu ziehen", wie es im zynischen Börsenjargon der Frankfurter Allgemeinen Zeitung heißt, wird begleitet von Hochschulgesetzentwürfen, die der Perfektionierung des bisherigen Hochschul-, Lenkungs- und Manipulationsapparates dienen:

Korruption durch Privilegierung und Auftragsforschung, in Abhängigkeit halten durch Mehrquellenfinanzierung, mittelbare Lenkung durch Stiftungen und Stifterverbände, Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat und Wissenschaftsministerium reichen ihnen nicht mehr. Die Notstandsgesetze für die Hochschulen, Präsidialverfassung und staatsmonopolistisch konzertierte Hochschulbeiräte sollen die Reste akademischer Selbstverwaltung und mögliche Widerstandsnester beseitigen.

Die kapitalistische Hochschulreform will die Formierung der wissenschaftlichen Einrichtungen und die geistige und organisatorische Entwaffnung der werktätigen Massen und der Intelligenz legalisieren. Die sogenannte „Reformfreudigkeit" der Monopole entlarvt sich damit als Demagogie und weiterer Schritt zum Faschismus.

Genossen, auch an den Hochschulen bilden wir Kommunisten keine eigene sektiererische Bewegung. Unsere Aufgabe ist es – so wie es Marx und Engels im Manifest fordern –

– „jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände zu unterstützen",
– in ihr „das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten",
– und „in allen diesen Bewegungen die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervorzuheben."

Wir haben gegenwärtig in der Auseinandersetzung um die westdeutschen Hochschulen im großen und ganzen zwei revolutionäre Bewegungen: das Aufbegehren eines Teils der Studenten und den Kampf der Gewerkschaften um Rationalisierungsschutz und Strukturierung von Berufsausbildung und -fortbildung. Damit wird eine Reihe von theoretischen und praktischen Fragen aufgeworfen, die von uns eine Antwort verlangen.

Da sind zunächst die Vorbehalte gegenüber der Studentenrevolte, die bei der reaktionären Rolle, die deutsche Studenten früher, vor 1933, und auch und gerade nach 1945 gespielt haben, verständlich sind; verständlich auch in der Ablehnung z. B. der revolutionären Phrase von der „Zerschlagung der Wissenschaft", mit der ohnmächtig und bewußtlos an Frühformen der Arbeiterbewegung angeknüpft wird, an anarchistische Maschinenstürmerei, die vom wissenschaftlichen Sozialismus längst überwunden wurde. Doch auch die konkrete Form der Studentenrevolte hat ihre objektiven Ursachen.

Wir müssen verstehen:

– daß diese studentische Bewegung sich **spontan** in der wissenschaftlich-technischen Revolution mit dem Zutagetreten des kapitalistischen Grundwiderspruchs an den Hochschulen und zu einer Zeit des verschärften Klassenkampfes im Weltmaßstab gebildet hat,
– daß es wenig **studentische** Erfahrungen gab, an die sie **unmittelbar** anknüpfen konnte,
– daß antikommunistische Hetze und Illegalität der KPD das Aufnehmen der Erfahrungen der Arbeiterbewegung erschwerte,
– daß der ideologische Druck der herrschenden imperialistischen Klasse diese junge studentische Bewegung manchmal zu revolutionärer Romantik und abstrakter Utopie verführte,
– daß durch die ehemals privilegierte Stellung und durch tradiertes Bewußtsein deutscher „Akademiker" kleinbürgerlich-individualistische Illusionen in sie hineingetragen wurden,
– daß die drohende Deklassierung nicht nur antikapitalistische, sondern in manchen Fragen auch antiproletarische Ressentiments begünstigte und damit die Einsicht dieser studentischen Bewegung in den objektiven Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution behinderte,
– daß das Verbot der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus an den westdeutschen Hochschulen die ideologische Konsolidierung verhinderte und durch die Dominanz von reaktionären und offen profaschistischen Professoren zur pauschalen Ablehnung aller nichtstudentischen Bündnispartner führte.

Genossen, wir müssen diese Schwierigkeiten sehen. Und wir dürfen die darin liegende Gefährdung eines Aktionsbündnisses, zum Beispiel im und mit dem SDS, nicht unterschätzen. Im übrigen aber sollten wir dem Rat von Professor Josef Schleifstein folgen: „Es sollte den Marxisten vor allem darum gehen, der studentischen Bewegung die Kontinuität zur sozialistischen Arbeiterbewegung zu vermitteln." (in: „Klassen und Klassenkampf heute", Marxistische Blätter, Sonderheft 2/1968, S. 21).

Eine Perspektive für diese Verbindung zeichnet sich uns ab in der Politik der Gewerkschaften zu Problemen einerseits der Automation und des Rationalisierungsschutzes, andererseits der Strukturierung von Berufsausbildung und Berufsfortbildung. Diese Fragen und auch die Frage der gewerkschaftlichen Organisation und der Entwicklung des Klassenbewußtseins der bereits proletarischen Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz müssen von unserer Partei beantwortet werden.

Genossen, wir wissen, daß unsere Partei auch an den Hochschulen und bei der Festigung des Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz vor großen und nicht leichten Aufgaben steht.

Wir kommunistischen Studenten werden dabei von Lenin lernen, daß das Ideal eines Kommunisten „der Volkstribun sein muß, der es versteht, auf alle Äußerungen der Willkür und der Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch anzutreffen sind, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, alle diese Äußerungen zu einem Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu vereinen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen." (Lenin, Was tun?)

Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik

Zerschlagung der Autonomie-Illusionen durch das Monopolkapital

Das Jahr 1955 bezeichnete das Ende der westdeutschen Rekonstruktionsphase; das Monopolkapital startete nach der Ratifizierung der Verträge von Paris und Rom den Angriff auf die westdeutschen Universitäten. Avisierte Schwerpunkte waren Atomforschung, Wiederaufrüstung und geheime Forschungsplanung, die auf Hochschulformierung und Reglementierung des Studiums hinausliefen. Den Entwürfen des Monopol-Kapitals (Dichgans, Reusch), wurde auf lange Zeit kein Widerstand von progressiven Studenten entgegengesetzt. Erst 1964 aktualisierte sich – eingeleitet durch die 1961 veröffentliche Hochschuldenkschrift des SDS – der bisher von der Linken theoretisch geführte Kampf um die Ortsbestimmung der westdeutschen Universitäten. Teach-in, Sit-in und lokale Streikbewegungen fortschrittlicher Studenten machten die Forderung nach Autonomie der Hochschulen sinnlich erfahrbar.

„Die Durchführung des Wissenschaftsprozesses unterliegt allein der Entwicklung der Universität und ihrer Organe." [1] Diese formale Bestimmung der Autonomie der Hochschule durch den SDS – Landesverband Hamburg griff eine Entwicklungsphase wieder auf, die bereits 1947 von der Reaktion in den „Schwalbacher Richtlinien" festgelegt wurde. „Überhaupt folgt aus dem Prinzip des Rechtsstaates nicht nur die Notwendigkeit, getroffene Entscheidungen zu begründen, sondern auch das Erfordernis, sich bei allen Entscheidungen ausschließlich von den Bedürfnissen der zu lösenden Sachaufgaben leiten zu lassen, d. h. hier keine anderen Motive gelten zu lassen als solche, die sich aus dem inneren Gesetz der Wissenschaft und ihrer Lehre ergeben." [2] Während jedoch der Sachverständigenausschuß von 1947, unter Leitung des damaligen Rektors der Frankfurter Universität, Professor Hallstein, seine Forderungen nach Autonomie der Hochschulen zum Schutz der eigenen Interessen erhob, nämlich zum Schutz der reaktionären Universität vor einer potentiell-demokratischen Öffentlichkeit der ersten Nachkriegsjahre, entbehrt die Konzeption der progressiven Studentenschaft bis heute nicht einer gewissen Absurdität, indem sie unbewußt den Schutz der noch immer reaktionären Universität vor der noch immer nicht demokratischen Öffentlichkeit postuliert. Einer kapitalistischen Vernünftigkeit des damaligen Hallsteinentwurfes steht augenblicklich nur ein illusionärer der heutigen Linken gegenüber. Wenn wir es wagen, von formaler Gleichsetzung der Position der Reaktion mit der der progressiven Kräfte zu sprechen, so deshalb, weil man darlegen kann, inwieweit der Autonomiebegriff beider Kräfte zum Fetisch seiner selbst geworden ist.

Während das Schwalbacher Gremium bewußt Hochschulbeiräte und gleichartige Organe auszuklammern versuchte, bemühte sich das Monopolkapital in den folgenden Jahren eifrigst, auch diese Lücke auszufüllen. So etwa wurde am 27. November 1957 auf Initiative des BDJ und des Stifterverbandes der deutschen Industrie der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft gegründet. Dieser Gesprächskreis nahm rasch einen bedeutenden Platz in der westdeutschen Hochschulpolitik ein. Sein Vorsitzender Hermann Reusch, Leiter des Haniel-Konzerns, forderte dazu auf, auf dem Gebiete der Hochschulpolitik „alle Anstrengungen einschlägiger Art (des Monopolkapitals) (zu) koordinieren und (zu) konzentrieren." [3] Hans Dichgans, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, referierte in der „Zeit", daß es darauf ankomme, in der Universität „die Interessen des Staates (scil. des Kapitals) ausreichend zur Geltung zu bringen", und er fuhr fort, „ein Kurator hohen Ranges müßte die Belange des Staates in der Universität wahrnehmen, in den üblichen juristischen Formen einer Staatsaufsicht . . ." [4]

Das von Reusch bereits 1957 avisierte Programm einer Koordination und Konzentration geht momentan seiner Vollendung entgegen. Hessen, Westberlin, Bayern, NRW haben in den beiden letzten Monaten Hochschulgesetzentwürfe veröffentlicht, durch die die westdeutschen Universitäten unter Kuratel gestellt werden sollen. So wird etwa im Entwurf der CDU-NRW erklärt: „Im Staatsvertrag kann die Bundesregierung oder eine andere Einrichtung (sic!) ermächtigt werden, im Forschungsverband zu treffende Vereinbarungen vorzuschlagen und Richtlinien für die Zusammenarbeit aufzustellen. Die Richtlinien und die auf Grund des Staatsvertrages getroffenen Vereinbarungen verpflichten die Landesregierung, im Rahmen ihrer [5] Zuständigkeit tätig zu werden. Dies gilt auch, wenn eine Vereinbarung, an der sich nicht alle Bundesländer beteiligen, unter den übrigen gelten soll."

Und weiter: „Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Kultusausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages in Vollzug des in Absatz 1 genannten Staatsvertrages getroffene Vereinbarungen zu einer für die Hochschulen oder andere öffentliche Forschungsträger des Landes verbindliche Aufgabe zu erklären." [6] Daß diese Konzeptionen mit denen der Notstandsgesetze übereinstimmen, bestätigt folgender Passus: „Der Kultusminister wird ermächtigt, in den Fällen, in denen der einzelnen Hochschule eine Durchführung im Hochschulverband zu treffender Maßnahmen insbesondere aus rechtlichen Gründen nicht mehr möglich ist, diese selbst durchzuführen; in den Fällen, in denen die Erledigung aus anderen Gründen unterbleibt oder ungebührlich verzögert wird, durch Rechtsverordnung die Aufgabe als für die Hochschule verbindlich zu erklären. Auch in diesem Falle haben die Beschlüsse des Hochschulrates empfehlenden Charakter." [7]

Dieses proklamierte Modell des Klassenkampfes von oben ermöglicht, eine gemeinsame Front der progressiven Kräfte innerhalb und außerhalb der Hochschule gegen das Monopolkapital zu schaffen. Eine solche Frontstellung zeichnet sich pointiert ab. Nicht nur wird die Universität nunmehr den Kultusministerien mit ihrem kapitalistischen Wissenschaftsratsgremium ausgeliefert sein, sondern sie muß desgleichen mit einem Totalangriff des Monopolkapitals, der nicht mehr der Verschleierung bedarf, rechnen. Die Lenkung der Hochschulen wird somit perfektioniert. Diese Situation stellt an jeden Radikaldemokraten die Forderung, unter jegliches Autonomiestreben üblicher Art, das einen utopischen Charakter angenommen hat, den Schlußstrich zu ziehen und die Auseinandersetzung dort aufzunehmen, wo sie notwendig erscheint – nicht in der gegen den gesellschaftlichen Zusammenhang abgedichteten Enklave einer Antiinstitution, sondern in der inhaltlichen Konfrontation mit der Funktion der Wissenschaft im kapitalistischen Verwertungsprozeß. Das Monopolkapital macht den Versuch, sich die Universitäten zu unterwerfen; eine Systemopposition hat die realen Grenzen dieser Lenkung aufzuweisen, um damit seine Fesseln sprengen zu können.

Lefèvre, Heck und andere

Als charakteristisch für das neue Mitbestimmungsmodell des Otto-Suhr-Instituts, daß die Befreiung aus den Zwängen einer unpolitischen und ihre Opfer entpolitisierenden Wissenschaft avisiert, ohne zu bedenkn, daß die am OSI betriebene Politologie eine eminent wichtige politische Funktion als z. B. wissenschaftlicher Propagandaapparat des Gesamtdeutschen Ministeriums erfüllt, mag gelten, daß in ihren Satzungen und Erklärungen mit einer geradezu beredten intellektuellen Selbstverständlichkeit die Selbstbestimmung der Produzenten von Wissenschaft gefordert wird, ohne die Produzenten des in der Universität aufgewendeten Mehrwerts Erwähnung finden zu lassen. Eine solche Vernachlässigung kommt nicht von ungefähr. Wenn die „Freiheit von Forschung und Lehre nur als gemeinsame Freiheit der Professoren, Dozenten, Assistenten, Studenten

[1] Entwurf eines Hochschulgesetzes des SDS-Landesverbandes Hamburg, WS 1967/68.
[2] Schwalbacher Richtlinien / Richtlinien für die Reform der Hochschulverfassungen in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes 1947 (744)
[3] H. Dichgans, „Der Staat und seine Hochschule", Die Zeit, Hamburg 1965, Nr. 10, S. 17.
[4] Reusch, Wirtschaft und Wissenschaft", Forschung und Wissenschaft, 1957, Nr. 226, S. 2089.
[5] Informationen der CDU-Landtagsfraktion 6/68 § 8 (4).
[6] Informationen der CDU-Landtagsfraktion 6/68 § 8 (5).
[7] ibidem § 9 (3).

und Angestellten verstanden"[8]) werden darf und man nicht einbezieht, was Produktion und Reproduktion der Universität erst ermöglichen, so wird eine solche Vernachlässigung von einem verkehrten Bewußtsein produziert, da es sich an der Meinung orientiert, eine akademische Kaste könne sich als das Subjekt gesellschaftlicher Prozesse verstehen.
Irrationaler noch ist die Konzeption Lefèvres: Seine Bemühung, den Verschleierungsmechanismus einer „formierten Gesellschaft" zu entlarven, ohne es für notwendig zu halten, den „Apparat des Kapitals", wie er sich konkret in der Wirklichkeit manifestiert (wie etwa im Dresdener Hochschulprotokoll aufgewiesen), zu analysieren, führt zwangsläufig zu einer Mythisierung des Monopolkapitals. Lefèvre schreibt: „Es ist also nicht erstaunlich, daß die Hochschulkritik, die heute von Ministerial- und Wirtschaftsbürokratien betrieben wird, sich vor allem dagegen richtet, daß die Universität dem Studenten noch zu viele Möglichkeiten bietet, selbständig seinen Erkenntnisinteressen nachzugehen. Auch wenn hinter dieser Kritik vordergründig, wie dargelegt, fiskalische Interessen stehen, so ist die Struktur dieser Fiskalpolitik der Sache ja nicht äußerlich . . . Ein wichtiges Indiz dafür, welche bestimmten Reformen auf dem Universitätssektor durchgeführt werden sollen, liegt in der – auf den ersten Blick verwunderlichen – Tatsache, daß der Staat angesichts seiner Budgetschwierigkeiten nicht einmal den Versuch unternimmt, die universitäre Ausbildung seiner direkten Aufsicht zu unterwerfen, um eine kostenintensive und eine, den gegenwärtigen ökonomischen Interessen optimal entsprechende Ausbildung sicherzustellen; daß er nicht den Versuch macht, die, gerade unter Kostengesichtspunkten bedeutsamen „Effektivitätsverluste" zu beheben, die durch die hierarchische Struktur der Universität entstehen."[9]) Solche eklatanten Fehleinschätzungen führen sich durch Planungen des Monopolkapitals, wie sie im „Bundesbericht Forschung II" und in den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der Hochschulen 1967" für die westdeutschen Universitäten vorgesehen sind, ad absurdum. Bereits die Erklärungen Stoltenbergs – „Nicht Polemik bringt uns weiter, sondern die Erkenntnis, daß wir auf Grund der völlig neuen Entwicklung in Forschung und Lehre, der notwendigen Einbeziehung der Hochschulprobleme in den Gesamtzusammenhang der staatlichen Bildungspolitik ein gewandeltes Verhältnis von Staat und Hochschule brauchen. Die rasch steigenden Kosten erfordern eine überregionale Abstimmung der Investitionen und Schwerpunkte, eine Rahmenplanung für das ganze Bundesgebiet, die dem traditionellem Autonomiebegriff der einzelnen Universitäten und Fakultäten nicht mehr entspricht" – lassen Lefèvres Optimismus gegenüber einer Rezession, die Widersprüche zu Tage treten läßt, zur Farce werden. Solche Fehleinschätzungen werden bruchlos etwa von der Genossin Grunenberg übernommen, die darauf verweist, daß Lefèvre „die umfassendste Analyse der staatlichen, universitären und studentischen Reformbestrebungen, die in der letzten Zeit überhaupt erschienen ist (liefert). Für sämtliche westeuropäischen Länder trifft zu, was Lefèvre für Berlin und Westdeutschland feststellt: der Widerspruch zwischen einer objektiv notwendigen Strukturplanung auf dem Wissenschafts- und Bildungssektor und den ökonomischen Widerständen, die eine solche Planung verunmöglichen."[11]) In der Folge bezeichnet sie die vom Kapital äußerst rational durchgeplante Leistungsinstitution Hochschule als einen „irrational organisierten Wissenschaftsbetrieb"[12]), der nur die „organisierte Verweigerungsaktion (als) einzig rationale politische Konsequenz"[13]) entgegengesetzt werden kann.
Mit dieser defätistischen Politik laufen die „großen Verweigerer" Gefahr, dem Monopolkapital in die Hände zu spielen; denn Verweigerung bedeutet in ihrer Konsequenz bewußte Wissenschaftsfeindlichkeit, die eine hilflose Selbstauslieferung an den kapitalistischen Verwertungsprozeß zur Folge hat.
Als exemplarisch für die momentane Konfusion kann hier der SDS-Landesverband Westberlin angeführt werden, der auf Grund des vom Senat dekretierten Vorschaltgesetzes in eine Sackgasse geraten ist, die Autonomie der Universität als Enklave von Wissenschaft und Forschung zu proklamieren, eine Forderung, die hinter die bisher erzielten Erfolge im Kampf um das politische Mandat zurückfällt. Die Ursachen dieser Schritte zurück sind spätestens seit der unter der Ägide Dutschkes und Krahls konzipierten „Resolution zur Hochschulpolitik", die sich als eine antiinstitutionelle bezeichnete, zu suchen, initiiert durch die Parole, daß die Hochschulrevolte „in ihrem antiinstitutionellen Charakter modellhaft für die Strategie des Klassenkampfes" sei.[14]) Mit gezieltem Zynismus konnte daraufhin Heck auf der 82. Versammlung des Cartellverbandes CV die Konzeption Dutschkes vom Tisch fegen, als er erklärte, daß „die Verhärtung der Institutionen nicht so rasch einem Reformwillen gewichen wäre, wenn es nicht die massiven Demonstrationen der Radikalen gegeben hätte."[15])

[8]) Was will der ASTA? Nr. 3 – Ad-hoc-Gruppen-Strategie an der FU.
[9]) Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl – Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Hamburg, Mai 1968, S. 126/27.
[10]) Deutscher Bundestag, 170. Sitzung, 7. Mai 1968, S. 9114.
[11]) Die sozialistische Opposition – Diskus, 4. Mai 1968.
[12]) A. Grunenberg, Die sozialistische Opposition, Diskus, 4. Mai 1968.
[13]) ibidem.
[14]) Neue Kritik 44, November 1967, S. 21.
[15]) academia, Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen CV, 4/68, S. 135.

Gesellschaftlicher Charakter der Produktivkraft Wissenschaft

Es ist im vorhergehenden Abschnitt versucht worden, mittels Konfrontationsmodellen die Konzeption der Antiautoritären an Hand derer des Monopolkapitals in Frage zu stellen. Hierzu wurde bewußt die Methode der schematisierenden Aneinanderreihung und Gegenüberstellung von Zitaten gewählt, um den peripheren Gehalt der an soziologischen Klischees orientierten Argumentationen zu verdeutlichen. Die Konzeption eines politischen Wissenschaftsbegriffs, wie sie von der „Kritischen Universität" Westberlin und von der „Politischen Universität" Frankfurt formuliert wurde, ist, sofern sie sich auf eine unmittelbare Politisierung einzelner wissenschaftlicher Disziplinen beschränkt, bloß Ausdruck der unbegriffenen Komplexität der Organisation wissenschaftlicher Forschung in der Phase fortgeschrittener Technologie und zunehmender Abhängigkeit des Produktionsprozesses von der unmittelbar Produktivkraft gewordenen Wissenschaft. Da man den hohen Grad der gesellschaftlichen Koordination der Wissenschaft innerhalb des Produktionsprozesses aus Gründen einer unbewußt abstrakt politischen Wissenschaftskonzeption einerseits ignoriert und andererseits den in dieser Komplexität sich durchsetzenden Herrschaftsmechanismus zwar voraussetzt, aber durch bloße „Entlarvung" seiner Überbaustrukturen nicht als Verschleiß von wissenschaftlicher Produktivkraft sichtbar machen kann, läuft jeglicher Versuch zu einer unmittelbar praxisbezogenen Hochschulpolitik ins Leere.
Erst eine Analyse der Auswirkungen der modernen Naturwissenschaften und Technik sowie bestimmter gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen (Organisationswissenschaften: Soziologie, Politologie) auf die materielle Produktion und andere Bereiche der Gesellschaft verdeutlicht in der Basis verankerte Herrschaftsstrukturen, die in den für den kapitalistischen Verwertungsprozeß irrelevant gewordenen traditionell geisteswissenschaftlichen Disziplinen nicht mehr z. B. durch bloße Ideologiekritik aufgewiesen werden können. Diese Analyse müßte eine Analyse der Grundzüge der wissenschaftlich-technischen Revolution unter kapitalistischen Bedingungen sein.

1. Qualitative Veränderung der Wissenschaft in der wissenschaftlich-technischen Revolution

Die Impulse für die große Kette schnell aufeinanderfolgender Umwälzungen in Wissenschaft, Technik und Produktion resultieren vor allem aus der revolutionären Entwicklung der modernen Wissenschaft selbst. Ihre neue produktive und soziale Rolle als ein entscheidender Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts ergibt sich in erster Linie aus dem Prozeß ihrer Umwandlung in eine unmittelbare Produktivkraft im Zuge der allgemeinen Entwicklung der Produktivkräfte.
Die hervorstechendsten Merkmale dieses Prozesses sind:
a) das qualitativ neue Verhältnis zwischen Wissenschaft und Produktion – ihre immer engere Verschmelzung,
b) der revolutionierende Einfluß der Wissenschaften auf alle Momente der Produktivkräfte,
c) die Vergesellschaftung der Wissenschaft.

Eine besondere Rolle spielt dabei die naturwissenschaftlich-technische und die ökonomische Forschung. Die verschiedenen Arten der Forschung – wie Erkundungsforschung, gezielte Grundlagenforschung, angewandte Forschung und die Entwicklungs- und Konstruktionsforschung – sind entscheidend für die Sicherung des wissenschaftlichen Verlaufs für die Produktion als einer unbedingten Voraussetzung für ihre Leistungs- und

Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich nimmt das Gewicht solcher Formen wissenschaftlicher Tätigkeiten für die Produktion zu wie unmittelbare ingenieurtechnische Arbeiten in der Produktion, Produktionsunterstützung durch wissenschaftliche Institutionen, wissenschaftlich-technische Dienstleistungen u. a. Ohne eine Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus der Planung, Leitung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit und des gesamten Reproduktionsprozesses können die neuen Anforderungen an den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter nicht erfüllt werden. Die industrielle Forschung und Entwicklung wurde zum entscheidenden Faktor für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und damit zu einem bedeutenden, untrennbaren Bestandteil des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. Dabei hängt der Grad der ökonomischen Wirksamkeit der Wissenschaft wesentlich von der Verkürzung der Zeitspanne von der Entdeckung oder neuen Erkenntnis bis zur praktischen Einführung in die Produktion ab. Die wissenschaftliche Durchdringung des Reproduktionsprozesses ist heute ein entscheidender Faktor für seine Effektivität, wobei der Grad der Rentabilität und Effektivität der unmittelbaren Produktion bereits vor ihrem Beginn wesentlich durch Forschung und Entwicklung, ihre Leitung und Organisation mitbestimmt wird.

Mit der Vergesellschaftung der Wissenschaft wächst zugleich die Notwendigkeit der Ökonomisierung der industriellen Forschung. Dieser Ökonomisierungsprozeß ist ebenfalls ein charakteristisches Merkmal der technischen Revolution. Stark zunehmendes Wachsen der Zahl wissenschaftlich Beschäftigter, des apparativen, finanziellen und organisatorischen Aufwandes erfordert einen hohen Nutzeffekt der Forschung. Voraussetzung dafür ist die wachsende Konzentration der Forschungskräfte und -mittel auf Schwerpunkte und die rasche Überleitung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis. Dafür sind die prognostische Bestimmung der Hauptrichtungen in Wissenschaft und Technik und die entsprechende Profilierung der Wissenschaftsdisziplinen und ihrer Institutionen für die Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufs und des Höchststandes in der Produktion unter dem Aspekt des höchsten Nutzens unerläßlich. Der Aufbau eines rationellen Systems der ökonomischen Information und eines Netzes von Rechenzentren sowie die mathematische Modellierung ökonomischer Prozesse sind weitere Voraussetzungen für die Planung und Leitung. Diese qualitativen Veränderungen in der produktiven Funktion der Wissenschaft als Merkmal der technischen Revolution beeinflussen außerordentlich stark alle die Industriestruktur bestimmenden Faktoren.

2. Qualitative Veränderung des Produktionsprozesses in der wissenschaftlich-technischen Revolution

Die technische Revolution führt zu qualitativen Veränderungen in der materialtechnischen Basis der Volkswirtschaft. Mit der Verwirklichung der prognostisch bestimmten Hauptrichtungen in Wissenschaft und Technik nehmen Kompliziertheit, Intensität, Differenziertheit, Komplexität und Kontinuität der Produktionsprozesse als Ergebnis der materiellen und geistigen Tätigkeit der Menschen und Ausdruck „vergegenständlichter Wissenskraft" (Marx) enorm zu. Dabei wächst die Kompliziertheit der Produktionsprozesse mit der Einführung neuer Technologien, die zugleich einen revolutionierenden Einfluß auf die Neugestaltung der Produktionstechnik ausüben. Die zunehmende Kompliziertheit der Produktion spiegelt sich auch in der Veränderung ihrer Organisation wider. Unter diesen Bedingungen ist die wissenschaftliche Durchdringung der Produktion erste Voraussetzung und unerläßlich. Einerseits nimmt die Differenziertheit als Ausdruck der technischen Arbeitsteilung zu, ausgedrückt in der Mannigfaltigkeit der Produktionselemente und -prozesse, andererseits wächst als Folge davon die Abhängigkeit und innere Verflechtung der Produktionselemente und -prozesse, also ihre Komplexität. Mit zunehmender Wirksamkeit aller Elemente der Produktion erhöht sich außerordentlich die Intensität der Produktion, die Kontinuität nimmt mit dem Einsatz neuer Arbeitsmittel, technologischer Verfahren und der Verwirklichung neuer Organisationsprinzipien zu.

Alle diese Prozesse der zunehmenden Kompliziertheit, Intensität, Differenziertheit, Komplexität und Kontinuität führen zu einer neuen Qualität der Produktionsprozesse. Die maschinelle Großproduktion besitzt einen objektiven Produktionsorganismus, der mit technischer Notwendigkeit den kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses bestimmt. Die Produktionsprozesse werden in zunehmendem Maße von subjektiven Schranken des menschlichen Arbeitsvermögens befreit. Produktionsvolumen in einer bestimmten Zeiteinheit, Kosten und Qualität werden immer stärker von technisch-ökonomischen Parametern der Arbeitsmittel, der Technologie und der Werkstoffe bestimmt. Die Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit gewinnt noch stärker an Bedeutung. Dieser Prozeß des Ersetzens der unmittelbaren Funktionen des Menschen in der Produktion durch zunehmenden Einsatz technischer Mittel ist eine allgemeine Entwicklung der Produktion unter den Bedingungen der maschinellen Großproduktion und wird beim Übergang zur automatisierten Produktion in allen Bereichen der Volkswirtschaft voll wirksam. Die konkreten Auswirkungen hängen von den herrschenden Produktionsverhältnissen ab. Mit der wissenschaftlichen Durchdringung der Produktion wird sie selbst in zunehmendem Maße technologisch angewandte Wissenschaft.

3. Wissenschaftlich-technische Revolution im Sozialismus

Diese revolutionären Umwälzungen in Wissenschaft, Technik und Produktion, wodurch zugleich der Charakter der Arbeit und die Stellung des Menschen als Hauptproduktivkraft im Produktionsprozeß verändert werden, sind Resultat der schöpferischen und produktiven Tätigkeit aller Werktätigen. In der sozialistischen Gesellschaft besteht die technische Revolution vor allem in qualitativen Veränderungen im Verhältnis des Menschen zu Produktion und Wissenschaft, in Veränderungen in den Formen der Aneignung und Beherrschung der Natur. Mit den materiellen Veränderungen in den Produktionsprozessen wird zugleich die unmittelbare Tätigkeit der Menschen in der Produktion umgewandelt. Er wird nicht aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, aber infolge automatisierter Produktionssysteme neben den unmittelbaren Fertigungsprozeß treten. Damit schafft der Mensch die Möglichkeit, sich noch stärker auf die Entwicklung der Wissenschaft, auf die wissenschaftliche Leitung der Produktionsprozesse, auf die umfassende Nutzung der Wissenschaften für die Erhöhung der Wirksamkeit der Produktion zu konzentrieren. Die technische Revolution wird vom Menschen verwirklicht, und es geht dabei nicht nur um die Umgestaltung der stofflichen Elemente und Prozesse der Produktion. Eine entscheidende Voraussetzung dafür besteht in der Erhöhung des kulturellen und technisch-ökonomischen Niveaus und der planmäßigen Qualifizierung der Werktätigen.

4. Wissenschaftlich-technische Revolution und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Wucht, Dynamik und Ausmaße der technischen Revolution drängen objektiv zu neuen, höheren Formen der gesellschaftlichen Produktion und zur Internationalisierung der Wirtschaft. Dieser Entwicklung versuchen die herrschenden Monopolkreise durch den Ausbau eines staatsmonopolistischen Herrschaftssystems gerecht zu werden, um den Produktivkräften unter kapitalistischen Verhältnissen noch bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen, „damit neue Profitquellen zu erschließen und die daraus entspringenden Kräfte und Möglichkeiten vorrangig auf die innere und äußere Befestigung des kapitalistischen Systems als Ganzes zu konzentrieren" (Einheit, 1965, 1, S. 103–104). Wesentlichen und vielfältigen Einfluß auf die Entfaltung der Produktion und die Entwicklung ihrer Struktur üben die jeweiligen Produktionsverhältnisse als Existenzseite und Entwicklungsformen der Produktivkräfte aus. Mit einer bestimmten Struktur der Industrie, mit ihrer Entwicklung und Dynamik wird eine neue gesellschaftliche Produktivkraft geschaffen. Wesentliche objektive Strukturelemente in ihrer Bewegung sind jedoch zugleich selbst Elemente der Produktionsverhältnisse. Die Gliederung der Industrie in ihrer Gruppierung der Arbeitskräfte als Hauptproduktivkräfte der Gesellschaft und der notwendigen Arten von Tätigkeiten, der damit verbundenen Berufe, des Niveaus der Qualifikation und der Spezialisierung spiegelt wichtige ökonomische Beziehungen zwischen den Menschen wider. Sie gehören vor allem deshalb auch in den Bereich der Produktionsverhältnisse, weil diese alle Formen der ökonomischen Beziehungen zwischen den Menschen umfassen, wobei die Eigentumsverhältnisse den Kern der Produktionsverhältnisse bilden und den Charakter der übrigen ökonomischen Beziehungen bestimmen. So tragen die Beziehungen zwischen den Werktätigen unterschiedlicher Berufe und in den verschiedenen Tätigkeiten innerhalb des Betriebes, zwischen den Betrieben, Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft zweifellos sozialökonomischen Charak-

ter, sind also eine Seite der Produktionsverhältnisse. Von den jeweils herrschenden Produktionsverhältnissen in ihrer Komplexität werden der Charakter der Produktion und ihr Ziel, die Formen und Methoden der Strukturveränderungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Werktätigen und die Gesellschaft bestimmt. Obwohl Richtung und Umfang der Strukturveränderungen im wesentlichen aus dem Entwicklungsprozeß der modernen Produktivkräfte resultieren, darf auch hier nicht der Einfluß der Produktionsverhältnisse übersehen werden, da Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse zwei untrennbare Seiten jeder Produktionsweise sind. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus beeinflußt dessen Lenkungs- und Machtapparat, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beherrscht, aktiv das Streben des Kapitals nach profitablen Anlagesphären, somit auch Richtung, Umfang und Tempo der Veränderung in der Gesellschaft. Dabei besteht das Ziel der staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen darin, „die Verwertung des Kapitals mit dem erreichbaren Stand der Vergesellschaftung der Produktion in Einklang zu bringen und damit die Entwicklung der Produktivkräfte in den Schranken der kapitalistischen Produktionsverhältnisse weiterhin zu ermöglichen." (Imperialismus heute)

Antimonopolistische Hochschulpolitik als Bündnisfrage

Der Humboldtsche Wissenschaftsbegriff (Autonomie etc. – letzter heruntergekommener Ausläufer: Marburger Manifest) ist in zweierlei Hinsicht von der Entwicklung der Produktivkräfte und besonders der Produktivkraft Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus überholt:

1. Die Autonomieforderung als Forderung nach Trennung zwischen zweckfreier Forschung und Verwertung der Forschungsergebnisse ist irreal angesichts des vom Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technologie bedingten Zwangs zur Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Forschung.
2. Dem veralteten ist nicht unvermittelt ein neuer Wissenschaftsbegriff gegenüberzustellen, der wie eine Zauberformel die Wissenschaftler politisieren könnte. Ein neuartiges Verhältnis zwischen Ideologie und gesellschaftlicher Realität zwingt dazu, die qualitativ neue Funktion der Wissenschaft im Verwertungsprozeß des Kapitals auf der Höhe der Strategen des staatsmonopolistischen Kapitalismus theoretisch aufzuarbeiten. Aus dieser Analyse sind die Konsequenzen zu ziehen für eine endlich adäquate Hochschulpolitik der Linken. Erst die Erfahrungen dieser Praxis ermöglichen die Formulierung eines vom System nicht integrierbaren progressiven Wissenschaftsbegriffes.

Die herrschende Klasse bedarf nicht länger der traditionellen ideologischen Verschleierung offen sichtbarer und durch materielles Elend und Weltwirtschaftskrisen erfahrener Ausbeutungsverhältnisse. Der Widerspruch zwischen technologischem Fortschritt und dem kapitalistischen Verschleiß der von diesem Fortschritt bereitgestellten Ressourcen ist in der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus, dessen Merkmal die Organisiertheit und damit die einheitliche Planung und Strategie des Kapitals ist, nicht mehr mit alten Kategorien durchschaubar. Die neue Ideologie, die der Organisiertheit des staatsmonopolistischen Kapitalismus korrespondiert, ist die scheinbar ideologiejenseitige „Sachgerechtigkeit". Sie soll im Bewußtsein der Abhängigen die Ununterscheidbarkeit von technologischem Fortschritt und monopolistischer Planung suggerieren. Damit sei Ideologiekritik veraltet; vielmehr wäre der Grundwiderspruch im staatsmonopolistischen Kapitalismus an dessen fortgeschrittenster Gestalt zu lokalisieren (partikulare Rationalität in organisierter Forschung, in Planung von Wirtschaft und Verwaltung.

Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten der Bündnispolitik:

a) Studenten:

Die demokratische Studentenbewegung hatte immerhin die Wirkung, das Reformen von oben (wie der „Bericht der LRK des Landes NRW zur Organisation der Hochschulselbstverwaltung", 2. Mai 1968) sich defensiv auf jene einstellen müssen: Man sieht sich genötigt, ihr eine von oben gewährte formale Demokratisierung vorzutäuschen. Diese soll ablenken von der tatsächlichen Nichtbeteiligung der Hochschulangehörigen an der Planung der Forschungsprojekte, die eindeutiger als bisher vom Wissenschaftsministerium und den Gremien entschieden werden, die die Vertretung der Monopolinteressen an der Wissenschaft wahrnehmen. Mit der staatsmonopolistischen Wissenschaftsplanung gerät der Widerspruch zwischen immanent wissenschaftlicher Rationalität und ihrer irrationalen Verwertung immer mehr in den Erfahrungsbereich der Träger wissenschaftlicher Forschung und Lehre.

b) Hochschullehrer:

1. Professoren:

In der Professorenschaft lassen sich nach ihrem Selbstverständnis heute grob zwei Gruppen unterscheiden: einmal die Gruppe der nach wie vor dem humanistischen Bildungsbegriff Verpflichteten (Relikte des elitären Selbstverständnisses des Bildungsbürgertums, häufig verbunden mit antipolitischen Affektionen. Die technokratische Hochschulreform wird gefürchtet, aber aus unpolitischen Motiven), dann die Gruppe der modernistischen Befürworter jeder nach Rationalisierung im Zuge des technologischen Fortschritts aussehenden Reform: die Vertreter der fortgeschrittensten positivistischen Disziplinen.

Die Trennungslinie nach Engagierbarkeit und Nichtengagierbarkeit von Professoren ist nicht identisch mit der Trennungslinie zwischen diesen beiden Gruppen; erstere läuft quer zu dieser.

Aus der ersten Gruppe werden sich solche Gelehrte herauslösen lassen, bei denen der humanistische Bildungsbegriff noch irgend vermittelt ist mit gesellschaftlicher Realität und bei denen das gesellschaftlich humanistische Moment ihres Bildungsbegriffes in Widerspruch zur Inhumanität der gesellschaftlichen Realität gerät.

Die Angehörigen der zweiten Gruppe können kollidieren mit den Grenzen ihrer wissenschaftlichen Rationalität, die gezogen sind durch die Trennung wissenschaftlich zugerichteter Spezialisten des technokratischen Nachwuchses von wissenschaftstheoretischer Grundlagenforschung sowohl in den Organisationswissenschaften, als auch in den Naturwissenschaften. Sie können ferner kollidieren mit dem Widerspruch zwischen wissenschaftsimmanentem Anspruch auf möglich gewordene Anwendung wissenschaftlicher Rationalität auf immer mehr Bereiche gesellschaftlicher Bedürfnisse und dem durch bloß unmittelbaren heteronomen Verwertungszwang des Monopolkapitals diktierten Mangel an Perspektiven für gesamtgesellschaftliche Planung, welcher eine optimale Ausnutzung des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts für gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse verhindert.[16])

2. Assistenten:

Zwar besteht gegenwärtig noch eine hierarchische Struktur im Lehrkörper der Universität, eine direkte Abhängigkeit der Assistenten von Ordinarien. Mit der zunehmenden wissenschaftlichen Kooperation werden diese subjektiv noch perpetuierten Rangunterschiede objektiv nivelliert, so daß die Kriterien des gesellschaftlichen Bewußtseins der Wissenschaftler nicht auf den Professorenstand beschränkt bleiben, sondern gerade von der Interessenlage der bisher Unterprivilegierten her verschärft werden.

C. Außeruniversitäre demokratische Kräfte:

Die staatsmonopolistische Hochschulreform geht vor allem zu Lasten der lohnabhängigen Schichten der Bevölkerung. Es käme darauf an, daß diese Schichten organisiert ihren Anspruch auf Demokratisierung von Wissenschaft und Ausbildung realisieren können.

Die Interessen der Arbeiterklasse an wissenschaftspolitischer Mitbestimmung sind von den Gewerkschaften bisher nicht ausreichend artikuliert worden, so daß den Strategen des staatsmonopolistischen Kapitalismus keine eigene Konzeption entgegengesetzt werden konnte. Die Funktion der organisierten fortschrittlichen Intelligenz speziell an den Hochschulen muß darin bestehen, den Mitbestimmungskampf der Arbeiterorganisationen auf das notwendige theoretische Niveau zu heben. Ein mögliches Unbehagen der Wissenschaftler an der Wissenschaftspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus kann nur dann zu politischer Praxis weitergetrieben werden, wenn durch das Vorliegen einer konkreten Alternative seitens der Basis jedes antikapitalistischen Kampfes die Verwirklichung einer vernünftigen Gesellschaft in den Bereich des praktisch Möglichen rückt. Die progressive Intelligenz ist zur Überwindung ihrer eigenen Antinomien ebenso auf den Kampf der organisierten Arbeiterklasse angewiesen, wie sie ihr erst das zur Führung des Kampfes notwendige Bewußtsein vermittelt.

Elmar Bernard und Reinhard Schweicher

[16]) Vgl. André Gorz: Studium und Facharbeit heute, Elmar Altvater: Ökonomie und Bildungspolitik; beides in: Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967.

Rezensionen

Sozialistische Hefte 9/10 1968

Die September/Oktober-Nummer dieser Zeitschrift steht noch ganz im Zeichen der beiden spektakulären politischen Ereignisse, die sich in diesem Jahr im europäischen Raum abgespielt haben: die Maikämpfe in Frankreich und die Entwicklung in der CSSR bis hin zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes. Aus diesem Kontext fällt etwas heraus der Beitrag von Adam Schaff über Probleme der Entfremdung im Kapitalismus und Sozialismus, der in einer Zeit, da die härtesten Auseinandersetzungen über Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes sowohl in der kapitalistischen als auch der sozialistischen Welt geführt werden, offensichtlich nur „Kathedersozialisten" interessieren kann.

Der Beitrag von Frank Allaun M. P. (England) über die Formierung der Labour-Linken auf der Plattform einer eigenen „Sozialistischen Charta", jedoch im Rahmen der Partei, erinnert den Leser daran, daß neben der Diskussion über „die Ereignisse des Jahres" der politische Tageskampf weitergeht und nicht mindere Aufmerksamkeit verdient.

Zum Thema CSSR enthalten die Hefte eine marxistische Einschätzung der Entwicklung bis zum Mai 1968 (E. Högemann-Ledwohn), die bei Diskussionen in „linken" Kreisen größere Beachtung finden sollte (siehe auch „facit" Nr. 13/14), einen grundsätzlichen theoretischen Beitrag (Anatoli B. Butenko) über die Widersprüche der Entwicklung und das Problem der Einheit der sozialistischen Länder sowie eine umfangreiche Dokumentation.

E. Högemann-Ledwohn versucht am Entwicklungsgang der Nachkriegstschechoslowakei den „besonderen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus" zu charakterisieren, der sich übrigens friedlich und im Rahmen parlamentarischer Formen vollzogen hat. Sie weist auf die Versäumnisse der 50er Jahre hin, durch die die Tschechoslowakei ihren Vorsprung vor den anderen sozialistischen Ländern eingebüßt hat und deckt die Mängel in der Wirtschaftspolitik sowie die schwachen, kapitalistische Wirtschaftsweise begünstigenden Momente im Konzept der anstehenden Wirtschaftsreform auf.

Der Aufsatz von Butenko macht die westdeutsche Linke mit Problemen bekannt, die in kaum einer Diskussion bisher Berücksichtigung gefunden haben und somit schlagartig das naive, recht vordergründige Verständnis von Sozialismus und den damit verbundenen Problemen im sozialistischen Weltsystem (das besonders im SDS und bei der „Neuen Linken" zu finden ist) erhellen. Die in unseren Breiten viel kritisierte, von den führenden Kräften des sozialistischen Lagers konsequent angestrebte „Einheit und Geschlossenheit" der sozialistischen Länder erweist sich hier als historische Kategorie, deren Erscheinungsformen sich ändern mit der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems als Ganzes und seiner Teile, nämlich der einzelnen Länder. Wer die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems erkennen und vorantreiben will, muß die inneren Triebkräfte dieser Entwicklung kennen: 1. den Grundwiderspruch, der die Bewegung des gesamten Systems als Einheit bestimmt, 2. die objektiven Widersprüche zwischen dem Ganzen (System) und seinen Teilen (einzelne Länder), sowie 3. die objektiven Widersprüche zwischen den Elementen des Systems, d. h. zwischen den zu ihm gehörenden Ländern. Die Analyse des sozialistischen Weltsystems nach diesen Kriterien ergibt: „Die gesellschaftlichen Beziehungen des Sozialismus beseitigen nicht die Widersprüche, schaffen aber die Möglichkeit dafür, daß die im Rahmen des sozialistischen Weltsystems entstehenden konkreten Widersprüche auf gegenseitig annehmbarer Grundlage ohne Antagonismus und Konflikte gelöst werden. Diese Möglichkeit wird jedoch nicht automatisch realisiert, sondern wird durch die theoretische und praktische Tätigkeit der Parteien und Regierungen verwirklicht, die unter dem Einfluß objektiver und subjektiver Faktoren, verschiedener sozialer Kräfte innerhalb und außerhalb des sozialistischen Weltsystems stehen." (S. 500) Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des Kampfes für die Einheit, die nur eine Einheit in der Vielfalt und dynamisch sein kann. Ziel dieses Kampfes: Koordinierte Verteidigung der internationalen Interessen des Weltsozialismus durch die sozialistischen Länder bei Erhaltung der völligen Selbständigkeit, Initiative und Eigenart der Länder bei der Verwirklichung ihrer nationalen Politik (S. 501). Inhalt dieses Kampfes: Suchen der vernünftigsten Lösung für die ständig entstehenden Widersprüche sowohl zwischen den nationalstaatlichen Interessen einzelner sozialistischer Länder als auch zwischen den nationalstaatlichen Interessen und den internationalen Interessen. Andererseits: Überwindung von Erscheinungen des Chauvinismus und Nationalismus, Tendenzen des Hegemonismus und Separatismus, die auf dieser objektiven Grundlage der natürlichen Widersprüche parasitieren.

Wir schließen uns der Meinung der sh-Redaktion an, daß Butenkos Arbeit, obwohl Monate vor den tschechoslowakischen Ereignissen geschrieben, mehr zu erklären vermag als viele Kommentare der Wochen danach.

Verwiesen werden soll an dieser Stelle nochmals auf die Dokumentation zu den Ereignissen in der CSSR, die u. a. Dokumente zum „konterrevolutionären Syndrom", zu den verschiedenen Stufen der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten sowie Auszüge aus dem Warschauer Vertrag bringt.

„Zur Rolle der Arbeiterklasse, KPF und linken Studenten" schreiben Marie-Ange Roy und Dirk Amft vom Standpunkt der „Antiautoritären", nachdem in der Juli-Ausgabe der Hefte Walter Blasig die französischen Ereignisse unter dem Titel „Studenten, Revolte und Realitäten" aus sozialistischer Sicht behandelt hatte. „Wegen der Schwierigkeit, den Artikel von Walter Blasig Punkt für Punkt zu kritisieren" (S. 512), haben sich M. A. Roy und D. Amft daran gemacht, „eine Gegendarstellung zu schreiben", die eben daran krankt, daß zwar die „ökonomischen Vorbedingungen" für die „Krise" und die „Sozialen Explosionen" beschrieben, die Analyse des zu bekämpfenden Gegners und der Klassenkräfte jedoch nicht geliefert wird. Daher auch in keinem Punkt selbstkritische Einschätzung der Rolle der Studenten in den Maikämpfen. Statt dessen wird den Gewerkschaften und der KPF in bewährter Weise der schwarze Peter zugeschoben, werden zwei Druckseiten dafür verschwendet, gegen die KPF Front zu machen, anstatt Auskunft zu geben darüber, wie die „Antiautoritären" Frankreichs den antikapitalistischen Kampf unter den neuen Bedingungen führen wollen.

Unter der Rubrik „Meinungen – Alternativen" kann man den Bericht Waldeck Rochets an das ZK der FKP vom 9. Juli 1968 auszugsweise lesen, der sowohl zu den „Wurzeln der Streikbewegung", zu den Ereignissen der Mai-Revolte und der Wahlen den Standpunkt der KPF umreißt, sowie die nächsten „Aufgaben der Partei", die Vorstellung der KPF über den „Weg zum Sozialismus" und von dem nationalen Interesse formuliert. Eingeschlossen in die nächsten Aufgaben ist der „Kampf gegen Ultralinke"; denn – so Rochet – „Die Ultralinke zerstört die Einheit der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit den Mittelklassen. Sie betreibt eine Provokationspolitik, die der Vorhut der Arbeiterschaft die meisten Feinde und die wenigsten Freunde einbringen würde ..." (S. 527)

– an –

Blätter für deutsche und internationale Politik

Zu den Ereignissen in der CSSR

Die Besetzung der CSSR mußte notwendigerweise die theoretisch-unterschiedlichen Ausgangspositionen der APO und ihrer Teilgruppen aufzeigen, die bereits in letzter Zeit zu politischen Meinungsverschiedenheiten führten, welche nicht ohne praktische Bedeutung für 1969 sein werden. Sie deuteten bereits an, daß Linksliberale und Antiautoritäre entweder ihre Oppositionsplattform verlagern und die etablierten Parteien unterstützen – z. B. Frank von Auer als Symbiose dieser beiden Positionen – oder sich noch weiter aus dem relevanten tagespolitischen Kampf zurückziehen werden.

Prof. Rasch als Bürgerlich-Liberaler glaubt zwar, daß „die Bundesregierung in dem Ringen dieses Jahres um einen neuen politischen Kurs in der Tschechoslowakei

sich nach außen im ganzen zurückgehalten hat", doch verzichtet er auf antikommunistische Pauschalangriffe zu Gunsten einer Kritik an der Ostpolitik Kiesingers. Dennoch fragt man sich, wieso er immer noch hofft, es würde da oben „unsere" Politik gemacht.

Das Dreierteam Häußermann&Kadritzke& Kadritzke setzt sich gleich mit zwei Sätzen ins rechte Licht: „Die Sowjetunion als angebliche Vormacht der sozialistischen Welt hat durch ihre außenpolitische Großmachtaktion eine Innenpolitik zerstört, auf die Sozialisten in aller Welt große Hoffnungen gesetzt haben. Militärische Machtentfaltung gegenüber einem sozialistischen Land ist eo ipso schon Machtentfaltung am falschen Ort." Das Zitat zeigt die beiden grundlegenden Fehler der Autoren, die darin bestehen, daß sie nicht unterscheiden zwischen „Sozialisten" und Sozialisten – was eine marxistische Analyse notwendig gemacht hätte – und daß sie pauschal die Sowjetunion als konterrevolutionäre Großmacht verstehen.

Der erste Fehler führt sie dazu, die Popularität der antileninistischen „Reformer" zu vergleichen mit der HoChiMinhs, der zweite zur Verdammung aller kommunistischen Parteien, die der Intervention zugestimmt haben. Für die antiautoritären Autoren steht es außer Zweifel, daß diese Parteien aus ihrer Affinität zur KPdSU heraus bereits konterrevolutionäre Politik machen. Wie ärgerlich, daß die Genossen Fidel Castro und HoChiMinh nicht ebenfalls zu solchen Vorwürfen zu verwenden sind, die ihren latent trotzkistischen Charakter aus einem dementsprechend unkritischen Bürokratie- und Großmachtverständnis abstrahiert von den Klassenverhältnissen bekommen.

Bezeichnend für die analytischen Qualitäten des Artikels ist es, daß in ihm ausdrücklich der Aufstand in Ungarn 1956 nicht als Konterrevolution begriffen wird und daß insgesamt nicht einmal die Begriffe „Klasse" und „Klassenkampf" fallen. Die Autoren hätten zumindest die „Machtpolitik", die sie der SU vorwerfen, auf ihren Klassengehalt überprüfen müssen.

Obwohl sich der Aufsatz von Arno Klönne deutlich von den beiden vorhergehenden unterscheidet, da er seine antisowjetische Argumentation ernsthaft zu belegen sucht, unterlaufen ihm doch entscheidende Fehler historischer und theoretischer Art. Zum ersten versteht er die CSSR als reines Produkt sowjetischer Expansionspolitik und fordert deshalb – und dafür sei die neue Entwicklung ein Anfang gewesen – eine grundsätzliche Aufarbeitung der „stalinistischen Vergangenheit" als Voraussetzung für eine wirkliche Anerkennung durch das Volk. Klönne sieht nicht, daß gerade in der CSSR die sozialistische Revolution von der Arbeiterklasse selbst vollzogen worden ist und daß es deshalb ihre Aufgabe war und ist, die Deformationen der Novotny-Zeit zu beseitigen und zu verarbeiten.

Zum zweiten wirft er die Frage der Volkssouveränität auf mit dem zusätzlichen Hinweis, es habe doch keine militärische Gefahr für die SU bestanden. Daß Klönne die Volkssouveränität, die Militärstrategie und die staatliche Sicherheit der UdSSR erörtert, ohne Klassenstandpunkt zu beziehen und ohne nach der konkreten Bedeutung völkerrechtlicher Prinzipien innerhalb des internationalen Klassenkampfes zu fragen, ist hierbei entscheidend.

Das Fehlen der Frage nach dem Klassengehalt erweist sich in Sachen CSSR als Zeichen dafür, daß letztlich nicht marxistisch, sondern tendenziell bürgerlich analysiert wird und insofern in den Ansätzen den Totalitarismusideologen recht gegeben wird.

Die einzige marxistische CSSR-Analyse dieses Heftes liefert Bernd Hartmann, der sofort die Machtfrage von dem Standpunkt der historisch fortschrittlichen Klasse aus stellt. Im Gegensatz zu allen anderen Aufsätzen enthält seiner eine Kritik der Liberalisierung und der damit verbundenen Beeinträchtigung der führenden Rolle der KPC. Im Gegensatz zu den anderen Autoren bringt Hartmann aber auch konkrete Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Novotny-Zeit sowie eine Kritik der Parteipolitik, an Hand deren er die Ursachen für den aufgetretenen Sozialdemokratismus freilegt.

Wichtige Voraussetzung für die richtige Einschätzung der Maßnahmen der Staaten des Warschauer Paktes ist auch die Kenntnis der Osteuropastrategie des westlichen Imperialismus.

Als einziger der sechs Autoren bringt Hartmann schließlich eine genaue Beschreibung und Einschätzung des Ablaufs der Ereignisse vor dem 21. 8., wobei er die besondere Bedeutung betont, die

einzelne Personen dabei gehabt haben. Den Nachweis der konterrevolutionären Umtriebe, insbesondere dieser Personen, schließt er mit einem Zitat, das für die weitere historische Entwicklung von Revolution und Konterrevolution überhaupt wichtig sein wird: „Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden." (W. I. Lenin)

Peter Schöttler

FAZIT - Reihe 3

erscheint im Januar 1969

Revolutionäre Strategie
und antiimperialistischer Kampf
in Westeuropa -
Karl Marx
und die inneren Widersprüche
des modernen Imperialismus

von Prof. Dieter Klein

Soeben erschienen:

facit aktuell Nr. 3 Der SDS in Sofia
(Dokumentation zur Vorgeschichte des Ausschlusses von 5 Genossen aus dem SDS) 1,- DM + Porto

facit aktuell Nr. 5 Soll der SDS gespalten werden
(Kommentare, Presseberichte, Diskussionsbeiträge)
2,- DM + Porto

Autoritäre Herrschaftsstrukturen – Demokratische Alternativen (Marxistische Blätter Nr. 5, Frankfurt a. M., Kurfürstenstr. 8)

Die Notwendigkeit einer demokratischen Wahlalternative 1969 wird in den Marxistischen Blättern Nr. 5 in mehreren Beiträgen theoretisch unterschiedlich orientierter Mitglieder der APO wie z. B. Prof. Abendroth, Prof. Hofmann, Prof. Schleifstein und Grete Thiele ausführlich begründet. In seinem Artikel geht Prof. Hofmann davon aus, „daß im gegenwärtigen deutschen Bundestag ausschließlich Parteien sitzen, die – unter Einschluß der Sozialdemokratie – die Politik der Kapitalinteressen betreiben, während die zahlreichste Gruppe unseres Volkes, die Arbeiterschaft, unvertreten bleibt." Alle Autoren sind sich darin einig, daß das Parlament lediglich eine manipulierende Funktion einnimmt, um die in Unmündigkeit gehaltene Bevölkerung über die realen Machtverhältnisse hinwegzutäuschen. (Siehe hierzu die beiden Aufsätze von Caspar Schirmeister und Hans Fr. Gellert in der gleichen Nummer der M. Blätter, in denen sie die Rolle der Unternehmerverbände im politischen Machtgefüge der BRD untersuchen.) „Daraus den Schluß zu ziehen, daß die außerparlamentarische Opposition keinen Kampf zur Erringung von Sitzen in diesem reaktionären Parlament führen und dem makabren Spiel mit keiner ernsthaften Wahlalternative begegnen dürfe, wäre abwegig. Die Verschleierungsfunktion des Parlaments bliebe der Masse des Volkes unentdeckt." (Grete Thiele) Wie Grete Thiele ist Hans E. Schmitt der Ansicht, daß man an das bürgerliche Demokratiedenken der Massen anknüpfen müsse, um es zu verändern: „Wahl- und Parlamentsboykott antiparlamentarische Happening-Beteiligung und andere Formen unbestimmter Negation erheben nicht den Anspruch, die Kampffront, die die faschistoide Zentralmacht vor die scheindemokratische Fassade legt, wieder zwischen sie und das imperialistische Machtzentrum zu verlegen und das Verhältnis zwischen Schein und Realität umzukehren: Sie lehnen die bürgerliche Demokratie und ihre Formen so ab, als ob diese wirklich noch die höchste Macht und Entscheidungsebene der herrschenden Klasse bildeten. Sie berennen die täuschende Fassade, die ihnen die tatsächliche Gegenmacht vorenthält, anstatt mit allen Mitteln – parlamentarischen und außerparlamentarischen – diese unmittelbar selbst zu treffen."
(H. E. Schmitt)

In seinem Artikel wider den kleinbürgerlichen Antiparlamentarismus, der sich auf Pannekoek, den frühen Lukacs und Friedland-Reuter, also die Autoritäten der „Linken" in der jungen kommunistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg, beruft, untersucht Prof. Schleifstein drei grundsätzliche Fehler der Antiautoritären in der Analyse des heutigen bourgeoisen Staates und Parlamentarismus:

BESTELLSCHEIN

..... Exemplare von facit Nr. 13/14, 15 (1.— DM + Porto)

..... Expl. facit Nr. 2, 4, 5, 6, 9 (pro Heft 50 Pf + Porto)

..... Exemplare der FAZIT-Reihe 2 (3.— DM + Porto)

..... Exemplare der FAZIT-Reihe 3 (ca. 3.— DM - d. h. nicht darüber - + Porto)

..... Jahresabonnement = 5 facit-Hefte (Normalpreis ohne Portokosten)

..... Abonnement der FAZIT-Reihe zur Fortsetzung (Normalpreis ohne Porto)

..... Expl. facit aktuell Nr. 3 und 5

Unterschrift: Meine Anschrift:

Kopfstand von 2,2 Milliarden Flaschen!

S 68/10

2,2-Mrd.-Mal im Jahr floß COCA-COLA, FANTA, CAPPY und SPRITE aus kühlen Flaschenhälsen. 2,2-Mrd.-Mal hieß es in der Bundesrepublik: „Flasche leer!" Gibt es einen besseren Beweis für die Beliebtheit der vier Getränke aus dem Hause Coca-Cola?

Fanta Sprite Orangengetränk Cappy TRINK Coca-Cola Coke

COCA-COLA koffeinhaltig köstlich erfrischend

COCA-COLA, COKE, FANTA, CAPPY und SPRITE sind eingetragene Warenzeichen.

1. Sie vergessen, daß der Kapitalismus nicht nur Demokratie zur Illusion verwandelt, sondern auch demokratische Bestrebungen in den Massen und demokratische Institutionen schafft. Und „diese aus den Lebensbedingungen der arbeitenden Massen entspringenden demokratischen Gegentendenzen bleiben oft für lange Zeit im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Parlamentarismus" (Schleifstein), was wiederum bedeutet, daß man zur Revolutionierung des vorhandenen demokratischen Bewußtseins u. a. am Parlamentarismusdenken anknüpfen muß.
2. Sie übersehen, daß der Parlamentarismus seine verschleiernde Funktion nur so lange erfüllen kann, wie „dem Volk bestimmte Rechte und Freiheiten gewährt werden . . . Wer angesichts der immer stärker werdenden Faschisierungstendenzen dem arbeitenden Volke nicht sagt, daß man auch das geringste dieser Rechte verteidigen und das verknüpfen muß mit dem Ringen um ihre Erweiterung und Vertiefung, der entwaffnet das Volk gegenüber den extremsten und gefährlichsten Kräften der Reaktion und nimmt ihm auch weitgehend die Mittel, sich der Klassenschranken des bürgerlichen Parlamentarismus bewußt zu werden." (Schleifstein)

3. Sie negieren die geschichtlichen Erfahrungen, „die die positiven Möglichkeiten der Nutzung traditionell parlamentarischer Formen bei fundamentaler Veränderung des Klasseninhalts" beinhalten, so z. B. „die Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien, die Erfahrungen der antifaschistischen Widerstandsbewegungen und ihrer Programmatik, die Erfahrung einer Umwandlung und Ummodelung von Parlamenten zu revolutionär-demokratischen und sozialistischen Organen nach dem zweiten Weltkrieg." (Schleifstein)

Diese von den Antiautoritären in ihrem unreflektierten Antiparlamentarismus nicht beachteten Tatsachen sind es auch, die Prof. Abendroth nach einer Bestätigung der Richtigkeit der Liebknecht-Luxemburg'schen Konzeption des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes für die heutige Situation zu dem Schluß kommen lassen: „Also ist es notwendig, auch Wahlkampf und Parlament zur Mobilisierung der Unterklassen gegen ihre herrschenden Klassen und zur Entwicklung ihres politischen Bewußtseins zu nutzen, die nur dadurch möglich ist, daß man an ihre realen Interessen, aber auch an ihre existente Bewußtseinslage anknüpft." Diese Feststellung impliziert ein breites Bündniskonzept auf Grund eines gemeinsamen Minimalprogrammes der sich am Wahlkampf beteiligenden APO-Gruppen. Auf diese Problematik und darauf, daß der gemeinsame Wahlkampf eine die APO einigende und stärkende Funktion erfüllen muß, gehen besonders Prof. Hofmann und Pfarrer Werner ein.

Robert Farle

Impressum

facit – Zeitschrift marxistischer Studenten

Herausgeberkreis: Elisabeth und Gerhard Bessau, Gunnar Matthiessen, Herbert Lederer, Werner Loch (alle SDS Köln), Hannes Heer (SDS Bonn), Dr. J. H. von Heiseler (Frankfurt), Helmut Weinand (SDS Münster), Erich Eisner (SDS München), Fred Schmid (München).

Redaktion: Elisabeth und Gerhard Bessau, Peter Bubenberger, Herbert Lederer, Werner Loch, Gunnar Matthiessen, Anne Nigbur, Rudolf Ohters (verantwortlich)

Anschrift für Vertrieb, Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr

Druck: Peter Millard & Co KG, Köln